

# Waldenburger Zeitung

(Waldenburger

Fernsprecher 3

Publikationsorgan

der städtischen Behörden von Waldenburg, sowie von Amts- und Gemeindevorständen des Kreises Waldenburg. Postcheckkonto: Breslau Nr. 10073. Konto bei: Stadtbank Waldenburg, Waldenburger Handels- und Gewerbebank, Bankhaus Eichhorn & Co., Communalständische Bank.



Wochenblatt

Fernsprecher 3

Erscheint täglich

mit Ausnahme an den Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 12.00, monatlich 4.20 Mr. frei Haus. Preis der einspaltigen Petitzeile für Inserenten aus Stadt und Kreis Waldenburg 60 Pf., von auswärts 75 Pf., Anklameteil 2.00 Mr.

## Organisation des polnischen Aufstandes in Oberschlesien.

### Die Fieberkurve der Mark.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Als nach langem Ließstand die allmäßliche Steigerung der Mark, die Festigung unserer Waluta einsetzte, traten wir dem Optimismus, mit dem diese an sich gewiß sehr erfreuliche wirtschaftliche Erscheinung begrüßt wurde, entschieden entgegen, mit dem Hinweis darauf, daß sich erst erweisen würde, ob es sich hierbei wirklich um einen dauernden Aufstieg und nicht etwa nur um vorübergehende Schwankungen handele. Unsere Warnung hat sich — leider! — als berechtigt erwiesen. Der Aufstieg der Mark hat seit kurzem einen abermaligen Rückschlag Platz gemacht, der sich noch fortzusetzen scheint. Man hat das Steigen und Sinken der Mark nicht mit Unrecht als die Fieberkurve der franken deutschen Wirtschaft bezeichnet, wobei die Krankheit derart zu verlaufen pflegt, daß der Fieberzustand sich, sobald er einmal eintritt, ständig steigert. Das liegt eben daran, daß in der Periode der steigenden Mark diese vom Ausland aufgekauft wird, während bei ihrem Sinken in Deutschland das Einlaufen fremder Devisen einsetzt.

Darüber, worauf der neuerdings eingetretene rapide Sturz unserer Waluta zurückzuführen ist, verdrücken die Finanz- und Handelskreise sich natürlich eifrig die Köpfe; aber so viel Köpfe, so viel Sinne, und die Ansichten hierüber weichen stark voneinander ab. Die Bankkreise sind geneigt, in erster Reihe die Maßnahmen der Neuhörter Vöre für die Gestaltung der Devisenkurse verantwortlich zu machen, indem sie darauf hinweisen, daß von amerikanischer Seite eine systematische Abstoßung der europäischen, vor allem aber der deutschen Devisen erfolge. Hierbei scheint nun freilich Ursache und Wirkung verwechselt zu werden; denn diese Devisenabstoßung ist weniger eine Ursache, als vielmehr schon eine Folgeerscheinung und zwar eine Folge des Misstrauens, das man der Gestaltung der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse in Deutschland entgegenbringt.

Da es keinen Sinn hat, sich selbst etwas vorzumachen, wird man eben ehrlicherweise bekennen müssen, daß der Rückgang der Mark in erster Reihe auf diese unsere ungünstige wirtschaftliche und finanzielle Lage zurückzuführen ist. Auf die wirtschaftliche, denn mit der deutschen Produktion steht es infolge Mangels an Rohstoffen, an Kohle und zum Teil auch an Arbeitslust (siehe die nicht abbrechenden Streikbewegungen) leider sehr ungünstig aus. Und was finanzielle Situation betrifft, so braucht nur daran erinnert zu werden, daß unsere schwedende Schuld gleichfalls eine Fieberkurve aufweist. Ist doch die Anzahl der im Umlauf befindlichen Reichsbanknoten und Darlehnskassencheine, die Ende September 1919 41½ Milliarden betrug, jetzt auf weit über 70 Milliarden Mark gestiegen.

Nun könnte man einwenden, daß ja unser finanzieller Ließstand schon seit längerer Zeit besteht und daher nicht hinreiche, daß jegliche Einstellung der Mark zu erklären. Darauf ist zu erwidern, daß es sich hier zum Teil um getäuschte Hoffnungen handelt. Man hatte wohl einmal

darauf gerechnet, daß endlich ein Abbau der Defizitwirtschaft eintreten werde, daß weiter die Wirkung der großen Kapitalsteuern, bei denen es doch immer noch mit dem Einziehen hapert, sich geltend machen werde, und vor allem hatte man im Inland wie im Ausland die Hoffnung auf die Generale und die Brüder der Konferenzen gesetzt. Besonders von Genf hatte man eine für Deutschland erträgliche Regelung der Wiedergutmachungsfrage erhofft, während man von der Brüsseler Finanzkonferenz Maßnahmen zu einer Stabilisierung der Waluta erwartete. Jetzt wird immer mehr klar, daß man sich in Brüssel hauptsächlich bei einer Erörterung theoretischer Probleme beschäftigen will, während Millerand, anscheinend, jetzt unter Zustimmung Giolittis, wenn auch Lloyd George noch Widerstand leistet, mit der Sabotage von Genf beschäftigt ist.

Zu alledem kommen die Gerüchte über den angeblichen Plan der Erhebung einer Zwangsanleihe, worin das Ausland ein Symptom dafür sieht, daß die deutsche Regierung die Hoffnung aufgegeben hat, auf normale Weise aus der Finanzmisere herauszukommen. Diese Ungewißheit über die geplanten Finanzmaßnahmen — spricht doch ein anderes Gerücht von einer Kombination zwischen Reichsknotopfer und Zwangsanleihe — wirkt natürlich sehr ungünstig auf die Waluta ein, während sie andererseits stark zur Kapitalflucht sowohl ins Goldspind wie ins Ausland anreizt, sodass bereits der Vorschlag gemacht wird, das bisherige Geld einzuziehen und neue Zahlungsmittel zu schaffen. Jedenfalls muß man sich darüber klar sein, daß der Fieberzustand der Mark, die ja eben nur ein Krankheitssymptom ist, nicht mit kleinen Hausmittelchen beizukommen ist, sondern daß sie nur verschwinden würde bei einem Gesundungsprozeß unseres franken Wirtschaftskörpers. — Wenn das überhaupt noch im Bereich der Möglichkeit liegt!

### Vorbereitung einer neuen polnischen Aktion in Oberschlesien.

Berlin, 15. September. Der deutsche Bevollmächtigte für den Abstimmungsbezirk Oberschlesien hat dem Präsidenten der Interalliierten Kommission in Oppeln, General Le Rond, Dienstag folgende Note übergeben:

Die deutsche Regierung ist im Besitz von polnischen Operationsplänen und organisatorischen Anordnungen, von Meldungen und Befehlen, die in ihrer Gesamtheit einen neuen Beweis für die Absicht einer

gewaltsmäßen Besetzung Oberschlesiens und für das Bestehen einer hierzu geschaffenen geheimen polnischen Kampforganisation erbringen. Es darf anheimgestellt werden, die Originaldokumente im Auswärtigen Amt durch einen Bevollmächtigten einsehen zu lassen. Aus dem Material ergeben sich folgende Einzelheiten, die zum Teil auch den Schlüssel zu den Vorgängen der letzten Woche liefern:

Das gesamte Abstimmungsgebiet ist von der geheimen Organisation in neun Bezirke eingeteilt, die unterteilt nach den landrätslichen

Kreisen, 74 Rayons umfassen. Innerhalb der Rayons sind Zehnerhaften organisiert, die die kleinste Kampfeinheit darstellen. Jeder Rayon muss mindestens verfügen über eine Sturm- und Maschinengewehr-Zehnerhaft, um die sich Infanterie-Zehnerhaften gruppieren. Die Zehnerhaften bestehen aus besonders verpflichteten Ortsangehörigen. Nach dem Stand vom 1. Juli 1920 zählen diese Organisation 11.736 Kämpfe.

Daneben besteht die in die Rayons eingegliederte Hilfsorganisation des „Polnischen Selbstschutzes“

der Hütten, Gruben, Eisenbahn, Sport- und Gesangsvereine (Sotols). Zu ihr gehört auch der Verband der Hallertruppen, der Anfang Juli bereits 2000 Mann umfasste und dessen Mitglieder durch Vermittelung des polnischen Roten Kreuzes in Beuthen ihren militärischen Sold weiter erhalten. Aufgabe der Hilfsorganisation ist die überraschende.

Wegnahme der industriellen Anlagen und Eisenbahnen, sowie Verhinderung unerwünschter Transporte. Die Leitung der gesamten Organisation ruht auf dem „Obersten Kommando“, das auf polnischem Gebiete in Sosnowice seinen Sitz hat und dem die neun Bezirke unmittelbar unterstellt sind. Dem Oberkommando liegt die Verständigung mit den polnischen höheren Behörden ob.

Aufgabe der Organisation ist es, sich der sogenannten Operationsbasis zu bemächtigen. Diese umfaßt die Kreise Tarnowitz, Beuthen, Hindenburg, Katowitz und Plesz, also den Hauptindustriebezirk. Zur Durchführung der Ausgabe sollen auf einem Teil der Einheit dieser Kreise drei Bataillone Infanterie, ein Stosstrupp und eine Maschinengewehr-Kompanie zusammengezogen werden, um die Westgrenze der Basis etwa in Linie Koschentin—Sosnowitz—Demlitz zu besetzen. Die übrigen Einheiten, sammelt zu einem Bataillon Infanterie, drei Stosstruppen und drei Maschinengewehr-Kompanien, sollen, unterstützt vom „Selbstschutz“, die in der Basis gelegenen Städte nehmen und etwaigen deutschen Widerstand brechen. Insgesamt wurde Mitte Juli hierfür mit rund 10.000 Mann gerechnet, darunter die oben erwähnten 2000 Mann vom „Verband der Hallertruppen“.

In enger Verbindung hiermit stehen dem Aufmarschplan nach auf polnischem Boden bereitgestellte Streitkräfte, die sich zu gegebener Zeit des

gesamten Abstimmungsgebietes bemächtigen sollen. Diese Streitkräfte versammeln sich bei Tschischochau—Bendzin—Janowrzno—Jelen—Oswiecim. Der Plan sieht vor: Bahntransporte bis in die Linie Lublin—Löslau im Kreise Rybnik, von dort entweder weiterer Bahntransport oder Fußmarsch auf besonders zugewiesenen Marschstraßen bis zur Westgrenze des Abstimmungsgebietes mit anschließender Besetzung der Grenze. In einem Operationsbefehl vom 16. Juli 1920 mit der Unterschrift „Jooson alias Lasowksi“, Chef des Stabes, wird im Interesse der Geheimhaltung befohlen, es soll den eigenen Beuten vorgespielt werden, daß der Zweck der Operationen die Abwehr einer deutschen Niederumspaltung sei.

Die deutsche Regierung befreit sich, der interalliierten Kommission von Vorschendem Kenntnis zu geben. Sie glaubt, gerade im gegenwärtigen Augenblick in früheren Warnungen eindringlich widerholen zu sollen, weil sie zuverlässige Nachrichten von einer in

Vorbereitung befindlichen polnischen Aktion hat. Ein schweres Verhängnis, für das die interalliierte Kommission die Verantwortung tragen würde, ist von dem Abstimmungsgebiet nicht mehr abzuwenden, wenn nicht schlimmst die durch den Augustaufstand geschaffenen Zustände beseitigt und die polnischen Vorbereitungen für neue Aufstandsbewegungen unterdrückt werden.

Bei der polnischen Regierung, der Friedenskonferenz, dem heiligen Stuhl, den Kabinetten in London, Paris und Rom sind die erforderlichen Schritte unternommen worden.

Das amtliche Altenstück spricht für sich selbst und man wird ihm nur wenig hinzuzufügen haben. Die Note hält sich auf Material auf, das in der Nacht zum 30. Juli einem polnischen Kurier, als er mit dem wichtigen Paket durchs Wasser schwamm, von einem deutschen Grenzwächter abgenommen worden ist. Der Wächter wurde dann überfallen, aber er hat die bedeutsamen Schriftstücke mit zwei anderen Helfern festzuhalten vermocht. Ein Glied mehr in der langen Kette der Beweise für die durchaus räuberischen Gesinnungen des imperialistischen Neupolen.

Das Material ist authentisch. Zu seiner Prüfung wird der Präsident der Interalliierten Kommission in Oppeln feierlich eingeladen. Wir erfahren aus ihm, wo wir man sich nachgerade auch im Genu interessieren sollte, daß das polnische Rote Kreuz eine ausgeschworene Kampforganisation ist, die den Hallerolbaten auf Veranlassung des polnischen Ministeriums in Warschau den Sold bezahlt, daß die Organisation bis ins kleinste durchgeführt ist, daß auch ein Oberkommando militärischen Charakters besteht, von dem ausdrücklich gesagt wird, es hätte die Verbindung mit den „höheren Behörden“ — versucht sich in Warschau — danach aufrecht zu erhalten, mit einem Wort:

Polen istmarschbereit, um unter Bruch aller Verträge Oberschlesien zu rauben.

Wir Deutschen aber sind schullos. Alles, was über deutsche Kampforganisationen gesagt wurde, ist leeres Gerücht. Hätte Deutschland eine derartige Organisation, man hätte sich beim letzten Aufstand nicht hantensweise totschlagen lassen. Wir Deutsche sind schullos, und auch von dieser Note weiß man nicht, ob sie Ohr und Herz der gegenwärtigen Gebiete der Welt erreichen wird. Nur ein Mittel haben wir, wie die Dinge liegen, leider: Wir müssen mit Hilfsläufen immer wieder an das Gewissen der Menschheit appellieren. Wer gibt es noch ein solches Gewissen, gibt es überhaupt noch eine Kulturmenschheit?

#### Zusicherungen der interalliierten Kommission.

Myslowitz, 15. September. Die vereinigten deutschen Parteien haben eine Kommission an den Direktor des Militär-Departements der interalliierten Kommission gesandt. Dieser erklärte den deutschen Vertretern, die Kommission lasse sich in allen ihren Maßnahmen nur von den Grundsätzen des Rechts und der unbedingten Unparteilichkeit leiten. Weiter ermächtigte sie die deutschen Vertreter, öffentlich zu erklären, daß die Kommission vor jedem gewalttätigen Vorgehen warne. Drittens ermächtigte sie die deutschen Vertreter, zu erklären, daß, sobald irgend ein tatsächlicher Vorfall erkennen lasse, daß ein gewalttätiges Vorgehen geplant sei, der französische Offizier, der der Polizei beigegeben ist, verpflichtet ist, unverzüglich den Kommandanten der in Myslowitz liegenden französischen Truppen um Hilfeleistung zu ersuchen. Dieser ist verpflichtet, dem Hilferuf in ausreichendem Umfang sofort stattzugeben.

#### Keine Einreiseerlaubnis für den Fürstbischof.

Oppeln, 15. September. Auf den Kanzeln der Oppelner Kirchen wurde die Einweihung der neuerrichteten St. Antoniuskirche im Luboschütz für nächsten Sonntag angekündigt und dabei mitgeteilt, daß der Kardinal-Fürstbischof zu der Feier nicht kommen könne, da ihm von der interalliierten Kommission die nachgeforderte Einreiseerlaubnis verweigert worden sei. Auch eine Abordnung der Gemeinde Luboschütz und deren Pfarrer hätten sich vergeblich bei der Kommission darum bemüht.

#### Fortgesetzter polnischer Terror.

Boguschütz, 15. September. Die hiesigen polnischen Elemente in der Bürgerwehr agitieren schon andauernd gegen die deutschen Sicherheitswehrleute und setzen alle Mittel in Bewegung, um sie zu entfernen. Den Deutschen wurde ein Ultimatum gestellt, und sie wurden aufgefordert, ihren Posten freiwillig zu verlassen, andernfalls Gewalt angewendet werden sollte. Wie verlautet, sollte die Vertreibung am letzten Sonntag erfolgen. Gegen 200 mit Waffen versehene

Männer sollen hinter dem Kirchhof in Vereinschaft gestanden und auf das Zeichen zum Vorschlag gewartet haben. Aus welchem Grunde der Plan nicht zur Ausführung gelangte, entzieht sich der öffentlichen Kenntnis. Eigenartig ist die Besetzung der Kommandantenstellen. Bürgermeister Dr. Sobatow ist erster, Olgiewicz zweiter Kommandant. Olgiewicz gehört der Sicherheitswehr aber nicht an und ist auch kein geborener Oberschlesier, sondern Posener.

#### Preußische Landesversammlung.

Berlin, 15. September. Zum voraussichtlich letzten Tagungsschluß trat heute die preußische Landesversammlung zusammen, über deren weitere Erstensberechtigung nach dem durch die Reichstagswahl offenbarer Umsturz der Volksstimme der Kampf der Meinungen seit langer Zeit entbrannt ist. Er wird sich demnächst wohl auch im Parlament fortsetzen und hier durch die Gegenföcke besonders schroff auseinanderplausen. Wer schließlich wird man sich doch dahin einigen, daß diese „Konstituante“ gewählte Landesversammlung erst das Verfassungswert und das Wahlgesetz zu Ende bringt, ehe sie für immer auseinandergeht. Ihre Lebensdauer noch weiter zu verlängern, liegt in der Tat keine Veranlassung vor.

#### 151. Sitzung, 15. September.

Am Riegerungstisch: Oeser, Südemann, Am Behnhoff, Fischbeck.

Vor Eintritt in die Tagesordnung macht Präsident Leinert auf die Lage in Oberschlesien und im Saarrevier aufmerksam, wo Berggewaltungen und Bedrohungen der deutschen Bevölkerung vorgekommen sind. Die große Erregung in diesen Gegenden macht es erforderlich, daß auch die Landesversammlung dazu Stellung nimmt. Der Amtsterrat hat beschlossen, am Freitag über diese Berggewaltungen zu verhandeln. (Beifall.)

Ein Antrag Adolf Hoffmann (U. S.), die 2. und 3. Beratung des Kirchenaustrittsgesetzes von der Tagesordnung abzusehen, wird gegen die Stimmen der Unabhängigen abgelehnt. Die 3. Lesung kann heute nicht mehr vorgenommen werden, da die Unabhängigen nach Abstimmung ihres Absehungsantrages dagegen Widerspruch erheben.

Die Ausführungsordnung über die Beschäftigung von weiblichen Angestellten in Gast- und Schankwirtschaften wird nach kurzer Beratung, an der sich u. a. auch Frau Dönhoff (Dem.) beteiligte, dem Ausschuß für Handel und Gewerbe überwiesen.

Der Gesetzentwurf über die Bergschulvereine wird ebenfalls einem Ausschuß überwiesen und desgleichen der Gesetzentwurf über die Verpflichtung der Gemeinden zur Haltung von Ziegenböden.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzes zur Beziehung von Steinkohle, wonach kleine Felder in gewissen Gegenden — Sachsen, Hessen-Nassau, Hannover und im Regierungsbezirk Liegnitz — auch Privaten zur Benutzung und Gewinnung der Steinkohlen in der Weise überlassen werden können, daß sie die späteren Verleihungen des Bergwerksgegenstands an den Staat herbeizuführen haben, wogegen der Staat ihnen ganz oder teilweise die Ausbeutung überläßt.

Wg. Husemann (Soz.) verlangt Abänderung des Gesetzes zu einem Sozialisierungsgesetz in der Kommissionsberatung.

Wg. Dr. Frenzel (Soz.): Der Staat ist zurzeit nicht in der Lage, die Beziehungsarbeit vorzunehmen. Wir müssen aber jetzt auch das geringste Maßnahmen ausnutzen. Die Sozialisierung hat hiermit nichts zu tun und schreibt die Privatinitiative nur ab. Gegen die Ausschußberatung haben wir nichts einzuwenden.

Auch die Abg. Frhr. von Wangenheim (Deutsch-Hannoveraner) und Rieshof (Zentrum) wenden sich gegen die Sozialisierungsbemühungen, wogegen der Wg. Ludwig (U. S.) die sofortige Sozialisierung verlangt. Die Vorlage geht an den Ausschuß für Handel und Gewerbe.

Auf Antrag Herold (Zentrum) wird die Sitzung abgebrochen, nachdem noch eine Reihe von Eingaben erledigt sind.

Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr. Ergänzungshaushaltsanträge. — Schluß 5½ Uhr.

#### Die Vorschusszahlung an die Beamten.

Berlin, 15. September. In der heutigen Sitzung des Reichstages führte Reichsfinanzminister Dr. Wirth zur Frage der Vorschusszahlung an die Beamten einleitend aus, daß diese Frage in ein neues Stadium eingetreten sei.

Der Referentenentwurf ersährt weitgehende Beamtendungen, insbesondere durch das Reichspostministerium, das den Entwurf vollkommen verwirft. Der Reichspostminister hat ihn in einer öffentlichen Verhandlung als ungerecht bezeichnet und als nicht anzuerkennend. Die Vorschusszahlung geht davon unbeeinflußt weiter. Der Entwurf aber muß weitgehende Änderung erfahren. Die Finanzminister der Länder haben in der letzten gemeinsamen Zusammenkunft die größten Bevorruhungen geäußert, wie sie schon die Wirkungen des bisherigen Entwurfes ertragen sollten. Eine weitere Erhöhung der Ausgaben schien ihnen unmöglich. Für mich ist das Bestreben maßgebend, möglichst rasch einen Gesetzentwurf dem Reichstag und dem Reichsrat vorzulegen; denn die Beamtenschaft muß aus dem Zustande andauernder Zulungen herauskommen.

Geheimrat Wohlfahrt stellte fest, daß die Mittelungen des Reichsfinanzministers eine große Überraschung bedeuten, umso mehr, als es bisher üblich gewesen sei, daß Referentenentwürfe geheim gehalten würden. Er berichtet, daß die Ausschüsse gegen die Vorlage formale Bedenken hätten und außerdem gewisse jährliche Änderungen vorgenommen hätten. Auch sollen die Vorschüsse nur an die Beamten der Gruppen 1 bis 11 gewährt werden. Von Gruppe 12

an aufwärts wird ein Bedürfnis nicht erkannt. Die Betriebszulage soll nur den Beamten gewährt werden, die keine Höherstufung erlangen. Außerdem sollen die Packmeister und Mühlemeister aus Gruppe 5 auf 4 zurückkommen und ferner die Stellen der Gruppe 6 grundsätzlich neuen Beamten offengelassen werden, die eine Prüfung abgelegt haben.

Die Anträge der Ausschüsse wurden angenommen. Angenommen wird auch ein Antrag auf Herabsetzung des Beamteingrundpreises von 620 auf 600 Mark, sowie der Entwurf eines Gesetzes gegen die Kapitalflucht.

#### Die Neuordnung der preußischen Polizei.

Berlin, 15. September. Die über die Neuordnung des Polizeiwesens in Preußen unter dem Vorsitz des Ministers des Innern Seering abgehaltene Sitzung, zu der sämtliche Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Polizeipräsidenten, außerdem auch Vertreter der anderen preußischen und Reichsministerien geladen waren, hat, wie verlautet, zur Übereinstimmung geführt. Wenn auch die Regierungspräsidenten gegen Übertragung eines wesentlichen Teiles ihrer bisherigen Befugnisse auf die Oberpräsidenten Bedenken gestellt machen, so trat doch überall das Bestreben hervor, der unabsehbaren Notwendigkeit Rechnung zu tragen. In diesem Sinne hat die Aussprache das Ergebnis gezeigt, daß in Übereinstimmung mit der Entente erhobene Forderungen der Polizei nach den Richtlinien des im Ministerium des Innern ausgearbeiteten Planes umgesetzt sind. Donnerstag abend wird die Angelegenheit im Hauptausschuß der Landesversammlung und unmittelbar darauf im Staatsministerium erörtert werden. Sobald das geschehen ist, werden die Organisationsänderungen veröffentlicht. Den gemäß den Forderungen der Entente bis zum 22. September durchzuführenden Maßnahmen wird in Kürze eine Vorlage des neuen Polizeigesetzes folgen, dessen Gestaltung zuvor in größerem Kreise unter Fachverständigen beraten werden soll.

#### Deutsch-polnischer Gefangenenaustausch.

Berlin, 15. September. Der deutsche Gesandte in Warschau teilt mit: Die polnische Regierung erklärte sich in der Frage der Rückführung der Soldatenflüchtlinge zu Verhandlungen an Ort und Stelle bereit. Als Bevollmächtigte sind bestimmt: auf deutscher Seite Geh. Regierungsrat von Zerlin, Allenstein, auf polnischer Seite Prinz Wladimir Korwin.

Vor gestern fand in Stettin seit dem 4. August der dritte deutsch-polnische Gefangenenaustausch statt, und zwar wurden 31 bisher in Polen zurückgehaltene Deutsche freigegeben. Auch diesmal haben sich, wie schon früher, Rittmeister Szczepaniak vom Posener Generalstabskommando und der deutsche Fürsorgekommissar, Superintendent Acl im Posen um den Auswärtigen besonders verdient gemacht. Es ist anzuerkennen, daß in letzter Zeit dem Bestreben des Auswärtigen Amtes, die Freilassung Reichsdeutscher herbeizuführen, von polnischer Seite entgegengestanden wird. Und die Unterbringung der Gefangenen im Kernwerk in Posen gibt zu Verhandlungen keinen Anlaß mehr, wie der deutsche Fürsorgekommissar auf Grund persönlicher Besuche bestätigte. Angehörige von Deutschen, die in Polen zurückgehalten werden, tun gut, dem Auswärtigen Amt, Referat Polen, so bald als möglich hier von unter genauer Angabe der Einzelheiten Kenntnis zu geben. Die Nachrichten, die wegen der Zustände im Kriegsgefangenenlager in Tuchel vor kurzem durch die Presse gingen, sind zum Gegenstand genauer Feststellungen gemacht worden. Ebenso sind Schritte eingeleitet worden, um die Freilassung der aus Oberschlesien verschleppten Deutschen herbeizuführen.

#### Letzte Telegramme.

##### Die polnischen Geheimdokumente.

Berlin, 16. September. Zu der Note an General Le Rond auf Grund der polnischen Geheimdokumente heißt es in der „Dörflichen Zeitung“, es handelt sich um einen erneut dringenden Alarmruf, gestellt auf Dokumente, deren Nachprüfung das Auswärtige Amt dem General empfiehlt. Offensichtlich erfolgt diese Nachprüfung mit größter Beleidigung. — Die dagelegten Verhältnisse sind, wie der „Vorwärts“ schreibt, unhalbar und die Entente hat die Pflicht, nachdem sie Deutschland die Möglichkeit genommen hat, sich sein Recht selbst zu verschaffen, und da sie die Verantwortung für Oberschlesien trägt, energetisch durchzutreten und dem Treiben der Konservativen und Genossen endlich ein Ende zu machen. — Besonders belastend findet die „Deutsche Tageszeitung“ die Beteiligung des polnischen Roten Kreuzes. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt u. a., daß es möglich sei, daß der Operationsplan bereits mit dem Augustaufstand im Zusammenhang stand und über die Grenze gebracht wurde, um bei den bevorstehenden Kämpfen nicht in deutsche Hand zu fallen.

##### Der achtstündige Arbeitstag.

Berlin, 16. September. Eine der ersten großen sozialpolitischen Vorlagen, die dem Reichstag in seiner nächsten Tagung zugehen soll, wird ein Gesetzentwurf über die Einführung des achtstündigen Arbeitstages sein, eine Art Vorbereitung für den Eintritt in den Völkerbund. Alle am Völkerbund teilnehmenden Staaten verpflichten sich, spätestens bis zum 10. Januar 1921 der Vollversammlung einen Gesetzentwurf über den achtstündigen Arbeitstag vorzulegen.

## Landessteuern.

Berlin, 16. September. In verschiedenen Blättern wird festgestellt, daß das preußische Finanzministerium bereits einen Gesetzentwurf ausgearbeitet habe, welcher bestimmte Vorschläge für eine Steuer des Fehlbetrages des laufenden Jahres und der zu erwartenden Fehlbeträge der nächsten durch Erhebung von Landessteuern enthält. Der Finanzminister steht, so wird gesagt, auf dem Standpunkt, daß gleichzeitig sowohl eine starke Einschränkung der Ausgaben als eine Schaffung neuer Einnahmen unvermeidlich sei.

## Tagung der Knappschäfts-Genossenschaft.

Nürnberg, 16. September. Die das gesamte Deutsche Reich umfassende Knappschäfts-Genossenschaft zu Berlin hielt heute unter Teilnahme von 167 Vertretern ihre Genossenschaftsversammlung unter Leitung des als Nachfolger des verstorbenen Geheimrates Remy zum Vorsitzenden gewählten Bergmanns Kleine (Dortmund) ab. Aus den Beschlüssen ist hervorzuheben die Bewilligung von 2½ Millionen Mark Darlehen aus der Rücklage zu Erweiterungsbauten von Krankenhäusern. Der Betriebsstock wurde um 15 Millionen Mark erhöht. Die Rücklage erreichte den Betrag von 111 Millionen Mark. Die Ver-

sicherungspflicht für Betriebsbeamte wurde bis zur Gehaltsgrenze von 35 000 Mark erweitert. Nach Erledigung der Tagesordnung wurde spontan aus der Versammlung heraus die Frage der Sozialisierung des Bergbaus angeknüpft und Bedenken gegen die Sozialisierung geäußert.

## Das Urteil im Tisza-Prozeß.

Budapest, 16. September. Das Kriegsgericht verhendete das Urteil in dem Prozeß gegen die Väter des Grafen Stefan Tisza. Stefan Dobo und Tibor Szankowitsch wurden zum Tode durch den Strang, Alexander Hütner zu 15 Jahren schweren Kerkers und Eugen Bago und Wilhelm zu drei Monaten Kerkers verurteilt.

Besonders stimmungsvoll interpretierte das Trio den "Deiting Ball" von Schuney. Mit dem heutigen Tage findet wieder ein Programmwechsel statt, und der tüchtige Leiter der Kapelle scheidet aus dem Ensemble. Als Nachfolger hat der Besitzer des Cafés, Herr Barthel, einen hervorragenden Künstler gewonnen, der hier bereits in musikliebenden Kreisen einen guten Ruf als feinfühliger erster Geiger besitzt.

Orient-Theater, Freiburger Straße. Der rührigen Direktion ist es gelungen, eine der größten und bedeutendsten Monumentalschöpfungen: "Die Geächteten" ("Der Ritualmord"), zur Aufführung zu erwerben. Der Film ist ein Drama größten Stils, ein Bild, das ergreift und packt, das aber gleichzeitig klar und vertiefend wirkt. Mit starken realistischen Farben hat hier der Regisseur gemalt. Ein heiter Atem weht in diesem Kunstwerk, der sittliche Ernst, der hier waltet, macht ihn zu einem Aufklärungswerk im besten Sinne des Wortes. (Man beachte die Anzeige im heutigen Inseratteil der "Waldenburg Zeitung".)

## Wettervoraussage für den 17. September:

Veränderlich, strichweise Regen, schwachwindig, warm (Geschäftsleitung: O. Dietrich). — Verantwortlich für die Schriftleitung: V. Münn, für Redakteure und Inserate: G. Anders, sämtlich in Waldenburg, Druck u. Verlag Ferdinand Domel's Erben

Alfred Ullrich

und Lisa Ullrich, geb. Sabig,

geben ihre Vermählung bekannt.

Neu Salzbrunn, am 9. September 1920.

## Betrifft Kontrolle der Beitragsentrichtung der Invalidenversicherung im Stadtteil Altwasser.

Der Kontrollbeamte der Landesversicherungsanstalt Schlesien, Kontrollinspektor Thoms aus Schweidnitz, wird vom 10. bis 20. September 1920 die Kontrolle der Beitragsentrichtung im Stadtteil Altwasser vornehmen.

Es empfiehlt sich daher, zur Vermeidung der Bestrafung, etwaige Rückstände in der Beitragsentrichtung alsbald zu be- seitigen.

Die Arbeitgeber im Stadtteil Altwasser werden ersucht, die Quittungskarten und sämtliche Aufrechnungsbescheinigungen (d. h. die Sammelbücher oder losen Quittungen über abgelieferte Karton) von allen beschäftigten Versicherten bis zum Tage der angepeilten Kontrolle einzuziehen (wenn sie sich nicht in den Händen des Arbeitgebers befinden) und mit den Lohn- und Kranken- fassbüchern an den Tagen der Kontrolle bereit zu halten, sodass die Kontrolle ohne Verzögerung und auch dann stattfinden kann, wenn der Arbeitgeber abwesend ist.

Wir machen noch darauf aufmerksam, dass solche Versicherte, die an den Tagen der Kontrolle beschäftigungsfrei sind, die Quittungskarten und Aufrechnungsbescheinigungen zur Kontrolle bereit zu legen haben.

Waldenburg i. Schles., den 15. September 1920.

Die Polizei-Verwaltung.

## Maul- und Klauenseuche.

Die unter dem Viehbestande des Bergverwalters Müller, Koblenzstraße Nr. 15, ausgebrochene Maul- und Klauenseuche ist erloschen.

Waldenburg, den 13. September 1920.

Die Polizei-Verwaltung.

## Chrenfeldhüter.

Der Gutsbesitzer Hermann Haase, Charlottenbrunner Straße Nr. 208, der Gutsbesitzer Oskar Rudolph, Charlottenbrunner Straße Nr. 190, und der Gutsverwalter Gustav Busch, Feldstraße Nr. 4, sind von uns als Chrenfeldhüter für den Polizeibezirk Waldenburg verpflichtet worden.

Waldenburg i. Schles., den 14. September 1920.

Die Polizei-Verwaltung.

Dr. Wiesner.

## Nieder Hermisdorf.

Das National-Hygiene-Museum im Dienste der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten veranstaltet bis 19. September er. im Saale des Schützenhauses zu Waldenburg eine

Ausstellung zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten.

Ich mache die heimliche Bevölkerung auf diese aufklärende und belehrende Veranstaltung besonders aufmerksam.

Nieder Hermisdorf, 16. 9. 20. Der Gemeindevorsteher.

## Nieder Hermisdorf. Spiritusmarken.

Diesenigen empfangsberechtigten Haushaltungen, welche für diesen Monat noch keine Spiritusmarken erhalten haben, wollen sich dieselben am Freitag den 17. September 1920, vormittags von 9—1 Uhr, im hiesigen Lebensmittelamt abholen, da die Nachlieferungen durch die Kreisverwaltung erfolgt sind.

Auch können Invaliden und Witwen, welche mit ihren Deputatföhren nicht auskommen, je eine Spiritusmarke empfangen, solange der Vorrat reicht.

Nieder Hermisdorf, 16. 9. 20. Der Gemeindevorsteher.

## Cafés, Unterhaltungs-Konzerte, Lichtbildbühnen, Vergnügungen.

Im Café "Kaiserkrone" fand gestern als Sonderkonzert ein Operetten-Abend, ausgeführt vom Künstlertrio unter Leitung des Kapellmeisters Fritz Fiedler, statt. Der starke Besuch dieses Künstlerkonzerts bewies, welcher Beliebtheit sich die Darbietungen der Kapelle erfreuen, die auch gestern abend wieder ausgezeichnetes leistete. Zu dem abwechslungsreichen Programm gespielt dem Publikum besonders die pridlichen Walzerweisen aus den Operetten "Zar dasfürstin", "Schwarzwalddädel" und "Faichingsee".

## Müllabfuhr.

Das Haushüll wird von der städtischen Müllabfuhranstalt bis auf weiteres abgeholt:

- in der Neustadt: täglich von 6½ bis 8½ Uhr vormittags,
- in der Altstadt: von 8½ Uhr früh bis 12 Uhr mittags in der Wilhelm-, Friedländer-, Töpfer- und Mühlenstraße, Markt-, Garten- und innere Freiburger Straße, Rathausplatz, Albert-, Schael- und Pegoldstraße sowie in den in diesem Bezirk liegenden kleinen Straßen, von 1 bis 5 Uhr nachmittags in der äußeren Freiburger- und Weinrichstraße, Sonnenplatz, Auen-, Neue-, Scheuer-, Hochwald- und angrenzenden Straßen, Krämer-, Sand-, Bahnhof-, Augusta-, Fürstensteiner Straße sowie in den in diesen Bezirk liegenden kleineren Straßen,
- im Stadtteil Altwasser am Montag und Donnerstag in der Zeit von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags in der Karlshütten-Kolonie und Breslauer Straße mit angrenzenden Nebengassen, Dienstag und Freitag von 6 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags in der Karl- und Poststraße, Mangelsweg, Brunnengasse, Kohlenstraße und Charlottenbrunner Straße bis ehem. Seifert's Hotel, sowie angrenzenden Nebengassen, Mittwoch und Sonnabend in der gleichen Zeit in der Charlottenbrunner Straße vom ehem. Seifert's Hotel an mit angrenzenden Nebengassen.

Dem mit der Abfuhr betrauten Personal ist zu diesen Zeiten der Zugang zu den Gefäßen, in denen das Müll aufgesammelt und zur Abholung bereitzuhalten ist, offen zu halten.

Waldenburg, den 10. September 1920.

## Der Magistrat.

In unser Handelsregister B Nr. 61 ist am 13. September 1920 bei der Firma "Porzellanindustrie Aktiengesellschaft mit dem Sitz Waldenburg in Schlesien" eingetragen: Den Herren Felix Schmidt und Friedrich Kracke, beide in Waldenburg Schles., ist Gesamtprokura erteilt, daß jeder befugt ist, die Gesellschaft in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitgliede zu vertreten.

Amtsgericht Waldenburg Schles.

In unser Handelsregister Bd. III Nr. 628 ist am 13. September 1920 bei der Firma "Hörtzsch & Arciszewski, Agenturen und Kommissionen", Waldenburg, eingetragen: Die Firma lautet jetzt "Bruno Hörtzsch, Agenturen und Kommissionen". Der bisherige Gesellschafter, Bürgermeister a. D. Bruno Hörtzsch in Waldenburg, ist alleiniger Inhaber der Firma. Die Gesellschaft ist aufgelöst.

Amtsgericht Waldenburg Schles.

## Kontoristin,

perspektiv in Schreibmaschine und Stenographie, mit Registratur vertraut, von Großhandelsfirma per bald oder 1. Oktober gesucht. Offerten unter S. G. 10 in die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

## Sauberes Mädchen,

nicht unter 17 Jahren, für kleineren Haushalt zum baldigen Antritt gejagt von

Franz Klemm, Albertstr. 2.

## Harteres, saub. Mädchen

in kinderlosen Haushalt kann sich bald meiden

Ring 17, II. Stock  
(Eingang Wasserstraße).

## Saue für bald od. 1. Oktober

ein kräftiges

## Dienstmädchen.

Frau Schnabel, Waldenburg,  
Töpferstraße Nr. 22.

## Ein sauberes Dienstmädchen

wird per 1. Oktober gesucht.

Max Keil, Ring 21.

## Kleider- und Wäsche-Häherin

fürs Haus gesucht. Näheres in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

## Berlauerin

für mein Geschäft sofort gesucht

E. Ansorge Nachf.

H. Würscher,

Gartenstraße Nr. 26.

## Eine saubere Waschfrau

kann sich melden.

Restaur. "Schweidnitzer Keller".

## Saue zum baldigen Antritt

einen kräftigen

## Arbeiter.

Frau Schnabel, Waldenburg,  
Töpferstraße Nr. 22.

## Loden-Einrichtung

für Colonial- und Schnittwaren,  
3 Ladentische, dabei 1 Glas-

tisch und 1 Glasschrank, im

langen od. auch geteilt bald zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Priemann gibt Gelddarlehen jedermann, günstige Bedingung. Mellor, Berlin, Brückenstraße 8.

## 3000 Mark

find zum 1. Oktober c. auf erste Hypothek, am liebsten Landwirtschaft, zu vergeben. Offerten u. L. M. i. d. Geschäftsst. d. Btg. erbet.

**Suche** sofort eine gute gehende **Gastwirtschaft** zur Pacht oder Kauf. Offerten an Schmidt, Ober Waldenburg, Mittelstr. 9.

## Schreibmaschinen

led. Syst., a. befeiste, laufe z. angemess. Preisen u. hole selbst ab. Angebote nur m. Preis an Otto Krusch, Breslau 23.

## Achtung!

## Prima starke Ferkel

hat wegen Futtermangel abzugeben. Lachmuth, Ober Waldenburg, Ritterplatz 3.

**Ein Mästetrock** (Schwein) für mittlere Person, ein schwarzer Rost für starke Person

billigt zu verkaufen. Wo? sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

**Gin Sosa, 1 Glasschrank, 1 Kinderwiege, 1 Bettstelle, 1 Ofenbank, 1 Küchenschrankchen, 1 Küchenrahmen, Bilder zu verkaufen bei Inrich, Gartenstr. 3 a, part.**

## Zu kaufen gesucht:

Ein gut erhalten. Herren-Anzug (Größe 170), ein Paar Stiefel (Größe 48) u. eine Weste. Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Elegante Herrenschuhe, neu, für 250 Mark zu verkaufen. Schaefflerstr. 11, 1 Tr., links.

Schöner Winter-Neckerchief, Krabben, Krapphut, sowie moderner, schwarzer Seidenhut billig zu verkaufen. Schaefflerstr. 11, 1 Tr., links.

## Formulare:

An- u. Abmeldungen zur Allgemeinen Ortsankündigung der Stadt Waldenburg, Fremdenlisten, Vermögensverzeichnisse für Nachlässe, Zahlungsbefehle, Kostenanschläge, Preistafeln für Grünzeug- und Vorlongeschäfte, An-, Ab- und Ummeldescheine fürs Städt. Meldeamt, Kontrollbücher f. Post, Quartier-Miet oder Schlafgänger, Rechnungstagebücher für Betriebsleben, vorrätig in

Buchdruckerei Ferd. Domel's Erben.

## Gymnasial-Jubiläum!

Alte einheimische Schüler, antwortet bald auf die Einladungen und meldet Euch zum Feste!

Der Platz wird knapp, da die Auswärtigen reger sind.

Zahlt zur Jubiläumsstiftung Euren Beitrag!

Anmeldungen an Herrn Georg Paul, Bahnhofstraße 3a, Zahlungen an Waldenburg Handels- und Gewerbebank.

Der Ausschuß.

Dr. Giesemann, Knorr, Ruh, Paul.

## Gasthof zur „Stadt Friedland“. Auschank von Schultheiß-Bier.

A. Geyer's Tanzschule, Telefon 1089. Waldenburg. Gartenstr. 3a.

Sonntag den 19. September 1920:

**Aussflug**  
nach Altwasser, Hotel Weißes Roß.  
Abmarsch 2 1/2 Uhr ab Sonnenplatz.

## Städt. Handels- u. Gewerbeschule, Waldenburg Schl. Mühlenstraße 29.

Das Winterhalbjahr beginnt am 13. Oktober.

Anmeldungen für den

Haushaltungskursus,  
Kursus für einfache u. feine Handarbeiten,  
Kursus für Wäscheanfertigen u. Maschine-

nähen

nimmt täglich, außer Sonntags, von 12—1 Uhr entgegen

**Die Vorsteherin.**

**E. Bartsch, Waldenburg,**  
Gartenstraße 23/24.

Empföhle  
mein **großes Lager**  
**Bildern, Spiegeln,**  
in **Freischwingen.**

## Zigarettentabak!

Prima langsaarer heller Zigarettentabak in 50 g-Kartons direkt ab Fabrik zum Preise von Mk. 150.— per Kilo ab Köln in Nachnahmepaketen zu 5 kg verkauft.

Berkowicz & Co., Zigarettenfabrik, Köln-Süd.

**Auto-Bereifung**

**Vollgummi-Pneumatiks**  
(In- und Auslandsware) in jeder Dimension

**KraftWagenGes.**  
m.b.H.

Fernspr.: Waldenburg Schl. 1180.

## Gegen Maul- und Klauenseuche

wirkt innerhalb drei Tagen

**Dr. Bergmann's Prolaftan.**

Landwirte, Apotheker, Reisende wenden sich nur an

**Hch. Werner, Hertwigsvalde Schl.**

## Eichene amerik. Schmalzfüßer

kauf G. Koch, Fakgroßhandlung,  
Breslau, Willmannstraße 14.

Kräftiges, ehrl. Dienstmädchen  
für kleinen Haushalt u. Wäsche  
zum 1. Oktober gefücht.

Fran. Lokomotivführer Haeser,  
Barbarastr. 2, II. Etage.

**Möbliertes Zimmer**  
von jungem, anständigem Manne  
per bald od. 1. Oktober gefücht.

Gesl. Angebote unter A. C. in  
die Geschäftsst. d. Btg. erbeten.

# Orient-Theater.

Nur 4 Tage! Freitag bis Montag Nur 4 Tage!

gelangt die größte und bedeutendste  
Monumental-Filmschöpfung zur Aufführung:

## Die Geächteten.

Sieben Akte.

Sieben Akte.

## Der Ritualmord.

„Berliner Börsenzeitung“ . . . Ein Kulturfilm allerersten Ranges, ein monumentales Werk von einer seltenen Gediegenheit, Szene für Szene ein Meisterwerk, besonders die Massenszenen. Die am Hofe Alexanders des Großen spielenden Szenen waren ein Kunstwerk für sich.

Außerdem das drollige Lustspiel:

## Im falschen Stockwerk.

Anfang wochentags 4, 6 und 8 Uhr,

Anfang Sonntags 3 1/2 Uhr.

Die größte, beste  
und billigste  
Reparatur-  
Werkstatt  
für sämtliche  
Nähmaschinen  
befindet sich nur bei  
**Mech. Jubt,**

Spezial-  
Reparatur-Werkstatt,  
Frischerstraße 4, hinterh.  
Sämtliche Reparaturen werden  
nur vom Fachmann selbst aus-  
geführt.

Engl. u. französ.  
Anfangsunterricht  
ges. Oefferten unter W. 200.  
in die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Ziehung: 23, 24, 25. Sept. 1920  
**Bar Geld** im Betrage von  
**300 000 Mark**

Hauptgewinne Mk. 75 000  
50 000, 20 000, 10 000 usw.  
insgesamt 11 989 Gewinne  
bietet die

Bahnhofmissions-  
Geld-Lotterie  
bei Kauf eines Loses zum  
Preise von Mk. 5.— inkl.  
Porto u. Gewinnliste. Ver-  
sand erfolgt gegen Nach-  
nahme, auch gegen Vorein-  
sendung durch das  
Lotterie-Geschäft  
Chr. Jensen, Hamburg-Eilbeck.

„Friedenshoffnung“, Hermisdorf,  
Freitag den 17. September, abends 8 Uhr,  
Hotel „Schwert“, Waldenburg,  
Sonnabend den 18. September, abends 8 Uhr:

### Gastspiel

Bruno Kattner, Erich Witschel,  
**Fafir**, und **Bajazzo**,  
Seltjames aus dem Lande der Klänge aus dem Reiche der  
Wunder.

Aus dem Programm:  
Geheimnisvolle Prästieübertragung, reichend an die Grenzen des  
Unverstehlichen,  
Lieder und Arien der bekannten und klassischen Komponisten.  
Ernstes und Heiteres (alles lacht Tränen).  
Wissenschaftliches und Unterhaltendes.

Am Klavier: Kapellmeister **Fritz Hosemann**.

Vorverkauf  
für Hermisdorf: in der Buchhandlung von Walter,  
für Waldenburg: im Zigarren Geschäft von Hahn.  
Karten zu 6, 5, 4, 3 und 2 1/2 Mark.

## Nicht versäumen!

Freitag den 17. und Sonnabend den 18. Sep-  
tember 1920 gebe ich Ihnen Gelegenheit,

### alte und zerbrochene Gebisse,

auch  
einzelne Zähne  
zu verkaufen.

Zähle außergewöhnlich hohe Preise!

Kaufe auch **Brennstoffe**, sowie **Platin**  
in jeder Form und Menge.

**Johannes Wabnik,**  
Feinmech. Werkstätte,  
Waldenburg, Friedländer Straße 22,  
neben Gasthof „Stadt Friedland“.

**Achtung! Oberschlesier!**  
**Außerordentliche Versammlung**  
aller Ortsgruppen von Waldenburg und Umgegend  
Montag den 20. September, abends 8 Uhr,  
im Saale der „Herberge zur Heimat“.  
Sehr wichtige Tagesordnung. Erscheinen ist unbedingte Pflicht.  
Die Ortsgruppenvorstände. Der Vorstand des Bezirksverbandes.

# Waldenburger Zeitung

Nr. 217.

Donnerstag, den 16. September 1920.

Beiblatt

## Aus Stadt und Kreis.

Waldenburg, 16. September 1920.

### Außerordentliche Öffentliche Stadtverordneten-Versammlung

am 15. September 1920.

Um Magistratstisch waren erschienen Erster Bürgermeister Dr. Erdmann, Bürgermeister Dr. Biehner, Stadträte Stein, Ganje, Kirsten, Geilenbrügge, Gottlieb Grütter, Stadtbaudirektor Nogge u. Wasserverwaltungsdirektor Lummert. Anwesend waren 44 Stadtverordnete, Leiter der Verhandlungen war Stadtverordneten-Vorsitzender Peltner.

#### 1. Mitteilungen.

Stadtverordneten-Vorsitzender Peltner mache zuerst Mitteilung über das Revisionsprotokoll der Stadtbauhauptkasse für August und gab dann ein Schreiben der städtischen Beamtenschaft bekannt, in dem diese gegen die unberechtigten und unhalbaren Vorwürfe des Stadtverordneten-Doktoren protestiert und sich weitere Schritte vorbehält. Auf Vorschlag des Stadtverordneten-Vorsitzenden wurde das Schreiben der Beamtenschaft dem Magistrat zur Kenntnisnahme überwiesen.

#### 2. Wahl eines Mitgliedes in den Gewerbeausschuss.

An Stelle des verstorbenen Stadtverordneten Kammel wurde der Stadtverordnete Kühn in den Gewerbeausschuss gewählt.

#### 3. Neuwahl von fünf Mitgliedern in die Betriebsdeputation.

Die Versammlung wählte einstimmig die Stadtverordneten Kellner, Gerbers, Schöck, Schmidt und Scholz.

4. Antrag des Magistrats auf Einsetzung und Wahl eines gemischten Ausschusses: a) zur Untersuchung der in einem Wahl-Flugblatt gegen die städtische Verwaltung erhobenen Vorwürfe, b) zur Prüfung der Frage, ob und inwieweit die städtische Verwaltung einschließlich der städtischen Betriebe verbessert und verbilligt werden kann.

Der Antrag des Magistrats lautet: Zustimmung zur Einsetzung und Wahl einer aus 3 Magistratsmitgliedern und sechs Stadtverordneten bestehenden Kommission, die die Berechtigung der Vorwürfe nachprüfen soll, welche in einem anlässlich der Stadtverordnetenwahl verbreiteten Flugblatt der früheren Stadtverordneten-Versammlung und damit der Stadtverwaltung gemacht worden sind, und den städt. Körperschaften Vorschläge darüber machen soll, in welcher Weise die angeblich begangenen Fehler gutgemacht werden können. Die Kommission soll ihre Berichte in den einzelnen in Betracht kommenden Angelegenheiten schriftlich erstatten. — In der Begründung des Magistratstisches wird ausgeführt: In dem Flugblatt wird der bisherigen Stadtverordneten-Versammlung und damit der Stadtverwaltung überhaupt der Vorwurf sinnloser Verwaltungsfeststellung städt. Gelder gemacht und durch einzelne Beispiele, deren, wie es in dem Flugblatt heißt, „noch viele angeführt werden könnten“, begründet. Das Flugblatt war geeignet, das Ansehen der städt. Verwaltung auf das Schwerste zu schädigen und das Vertrauen der städt. Bevölkerung zu den leitenden Persönlichkeiten der städt. Verwaltung, die doch in erster Reihe für die Maßnahmen der Stadtverwaltung die Verantwortung tragen, stark zu erschüttern. Aus diesem Grunde bedarf der Inhalt des Flugblattes einer eingehenden Nachprüfung. Es muss durch eingehende Untersuchung der vorgebrachten Beleidigungen festgestellt werden, ob und wie weit diese Beleidigungen begründet sind und wer für die angeblich begangenen Fehler die Verantwortung trägt. Die Nachprüfung ist aber auch deshalb nötig, weil, wenn tatsächlich Fehler begangen worden sind, diese schleunigt gutgemacht werden müssen, um möglichst weiteren Schaden von der Stadt abzuwenden. Es soll also, soweit die Untersuchung zu Gunsten der Stadtverwaltung aussägt, nach Möglichkeit der Schaden, den das Flugblatt durch Erfüllung des Vertrauens zur Stadtverwaltung angerichtet hat, beseitigt werden und soweit begangene Fehler festgestellt werden, dafür gesorgt werden, dass sie abgefeilt werden. Beides ist unbedingt notwendig.

Es wird ferner beantragt, der gemischten Kommission, die zur Prüfung der Berechtigung der in dem beläufigen Flugblatt gegen die Stadtverwaltung erhobenen Vorwürfe eingesetzt werden soll, auch die Aufgabe zuzuwiesen, zu prüfen, ob und wie weit die städt. Verwaltung einschl. der städt. Betriebe verbessert und verbilligt werden kann. Die Kommission soll berechtigt sein, zur Erfüllung ihrer Aufgabe auch Sachverständige oder Treuhändigefellschaften einzuziehen. Die durch die Zusicherung entstehenden Kosten wolle die Stadtverordneten-Versammlung bewilligen.

Stadtverordneten-Franz (Soz.) als Referent empfiehlt der Versammlung, den Anträgen des Magistrats zuzustimmen. Auf Einzelheiten des Flugblattes wolle er nicht eingehen, weil dies ja der Gegenstand der Untersuchung sein werde. — Stadtverordneten-Versammlung lehnte es ab, heute zu dem Flugblatt Stellung zu nehmen, damit nicht der Arbeit des Untersuchungsausschusses vorgegriffen werde. Er schlägt jedoch vor, den Ausschuss aus acht Stadtverordneten

und einem stimmberechtigten Magistratsmitglied zusammenzusetzen. — Stadtverordneten-Soz. trat auch für die Wahl von acht Stadtverordneten ein, stellte jedoch die Bedingung, dass diese nicht als Mitglieder der alten Stadtverordneten-Versammlung angehört haben dürfen. — Der Vorlage des Magistrats wurde hierauf unter Berücksichtigung des Abänderungsantrages des Stadtverordneten Weihleder einstimmig zugestimmt. In den Untersuchungsausschuss wurden als Mitglieder die Stadtverordneten Ruh, Schöck, Menzel, Weihleder, Däbler, Scholz, Beigel und Hellwig gewählt. — Stadtverordneten beschäftigte sich hieraus als Dezerent für den städt. Markstall in längeren Ausführungen mit dem gelben Wahl-Blatt und berichtigte zahlmäßig die falschen Angaben der Verfasser des Blattes. Wesentlich sei vor allem, dass die Stadt nicht, wie es in dem Blatt heißt, 6 Pferde für 100 000 Mk., sondern 16 Pferde für ca. 98 000 Mk. von der Heeresverwaltung angekauft habe. Die Verwaltung des städt. Markstalls sei stets nach kaufmännischen Gesichtspunkten geleitet worden und arbeite bei aller Sparsamkeit noch mit Überschüssen.

#### 5. Beratung und Festsetzung des Haushaltplanes für 1920.

Das Wort zu einer längeren Statrede erhielt zuerst Erster Bürgermeister Dr. Erdmann, der folgendes ausführte:

Das Jahr 1919, über das ich heute zu berichten habe, hat unser Volk endlich den ersehnten Frieden gebracht, aber einen Frieden, der allen Forderungen von Recht und Willigkeit hohn spricht, der umfangreiche und wichtige Landesteile von Deutschland losgerissen und das Verbünden anderer Landesteile von Deutschland von Volksabstimmungen abhängig gemacht hat, der dem verarmten und zermürbten deutschen Volke auf Jahrzehnte hinaus unerschwingliche Lasten auferlegt und auf Seiten unserer bisherigen Feinde nichts weiter darstellt als eine Fortsetzung des Krieges gegen unser Volk, wenn auch mit unfeierlichen Mitteln. Auch sonst hat uns das Jahr 1919 wenig Erfreuliches gebracht. Im September 1919 brachen infolge der herrschenden Teuerung in Waldenburg mit Plünderungen verbundene Unruhen aus, die in den späten Abendstunden mit einem Sturm auf das Rathaus endeten, der leider den Verlust von drei Menschenleben und eine Anzahl von Verletzungen zur Folge hatte. Im März 1920 führte die Gegenrevolution der Militärpartei unter Kapp auch in Waldenburg zum Generalsstreich, in dessen Verlauf der Volksausschuss des neu gebildeten Arbeiterrates vorübergehend die vollziehende Gewalt übernahm. Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung sind Tonk der Besonnenheit der Bevölkerung vermieden worden.

Im Übrigen ist das Jahr 1919 das erste, in dem das mit Waldenburg vereinigte Altwasser die Geschichte von Waldenburg geteilt hat und mit Waldenburg gemeinsam veraltet worden ist. Die Vereinigung der beiden Gemeindeverwaltungen hat sich reibungslos vollzogen. In Altwasser ist mit die bisherige Gemeindeverwaltung als Nebenstelle der städtischen Sparkasse und Stadtgirokasse, eine Steuerzahltelle, ein Lebensmittelamt, ein Standesamt und ein Einwohnermeldeamt, sowie eine neu eingerichtete Polizeiwache verbrieben. Die Vereinigung hat sich bisher durchaus bewährt.

Die Einwohnerzahl der Stadt Waldenburg betrug nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919: 37 805, nach der Personenstandsaunahme vom 6. Dezember 1919: 37 695, wovon 21 674 auf den Stadtteil Waldenburg und 16 021 auf den Stadtteil Altwasser entfielen. Das ergibt für den Stadtteil Waldenburg gegenüber dem Vorjahr eine Vermehrung um nicht weniger als 1996, also rund 2000 Personen, und für Altwasser eine solche um 1883 Personen. Der Stadtteil Waldenburg hat damit die Einwohnerzahl, die er im Frieden aufzuweisen hatte, nicht nur erreicht, sondern noch um etwa 300 überschritten. Am Schlusse des Rechnungsjahrs betrug die Einwohnerzahl der ganzen Stadt bereits 38 162, hatte also wieder um 467 sich vermehrt, eine Entwicklung, über die man sich freuen könnte, wenn sie nicht eine stetig steigende Verschärfung der Wohnungsnot zur Folge hätte.

Die Gesundheitsverhältnisse haben sich gegenüber dem Vorjahr verbessert. Unter dem Einfluss der Beendigung des Krieges stieg in den beiden Stadtteilen Waldenburg und Altwasser die Zahl der Lebend-Geburten von 682 im Jahre 1918 auf 915, während die Zahl der Todesfälle von 1157 auf 918 sank, so dass eine Abrechnung von rund 145 Todesfällen, die auf auswärtige Personen entfallen, mit einer natürlichen Vermehrung der Bevölkerung um 145 Personen zu rechnen ist, während im Jahre 1918 noch ein Überschuss der Sterbefälle über die Geburten in Höhe von 289 zu verzeichnen war. Das bedeutet eine Besserung um nicht weniger als 434. Die Zahl der Kriegstodesfälle ist für Waldenburg weiter auf 625, für Altwasser auf 489 gestiegen, so dass die Zahl der unmittelbaren Kriegsopfer für Waldenburg und Altwasser zusammen sich auf 1114 = 2,96 % der Bevölkerung beläuft. Die Säuglingssterblichkeit ist zwar absolut von 152 im Vorjahr auf 180, also um 28 gestiegen, das bedeutet aber keine Verschlechterung, sondern angesichts der erheblichen Vermehrung der Geburten von 682 auf 915 eine wesentliche Verbesserung.

Denn die Sterblichkeit der Kinder im ersten Lebensjahr betrug im Stadtteil Waldenburg nur 17,33 vom Hundert der Geburten gegenüber 19,26 im Vorjahr und für Altwasser 19,67 gegenüber 22,05 im Vorjahr und war in beiden Stadtteilen so gering wie in keinem der Vorjahre. Welche Besserung erzielt worden ist, ergibt sich daraus, dass beispielsweise im Jahre 1911 in Waldenburg die Säuglingssterblichkeit noch 25,16 und in Altwasser gar 34,64 vom Hundert der Geburten betrug, ein Beweis, dass die zur Verringerung der Kindersterblichkeit gebrachten großen Opfer nicht vergeblich gewesen sind, und eine Ermutigung, auf dem eingeschlagenen Wege fortzuschreiten. Ebenfalls mit der Beendigung des Krieges hängt die Zunahme der Hochzeitszüge zusammen, die mit 430 sowohl absolut wie relativ ganz erheblich größer war, als in irgend einem Vorjahr. Auch dies ist eine Erscheinung, die zu begrüßen wäre, wenn nicht auch sie zur Verschärfung der Wohnungsnot beiträgt.

Überhaupt ist

#### die Wohnungsfrage

diejenige, die der Stadtverwaltung die größte Sorge bereitet. Am 1. April 1919 betrug die Zahl der im Wohnungsnachweis gemeldeten unerledigten Wohnungen 423, am 1. April 1920: 1492. Die Stadt selbst hat getan, was in ihren Kräften stand, um der Wohnungsnot, die sich in diesen Zahlen auspricht, zu begegnen. Sie hat selbst vier jogen. Behelfsbauten mit 36 einwandfreien Wohnungen, deren Lebensdauer aber mindestens auf 80 Jahre anzusprechen ist, in schöner Lage in der Hermannstraße, 5 Häuser in der Barbarastrasse mit 19 Wohnungen, ein Feuerwehrgerätehaus mit 12 Wohnungen errichtet, die Tierkörperverwertungsanstalt in ein Wohnhaus mit 5 Wohnungen umgebaut und in dem früheren Plessischen Hofe, der für Verwaltungszwecke umgebaut wurde, zwei neue Wohnungen eingerichtet. In Privatgebäuden wurden mit städtischer Unterstützung durch Umbauten etwa 60 neue Wohnungen in eingestellt und durch Teilung von größeren Wohnungen, Herstellung von zurzeit unbenötigten Räumen zu Wohnzwecken oder Beschlagnahme auf Grund der Wohnungsmangelverordnung des Bundesrats vom 23. September 1918 etwa 85 neue Wohnungen gewonnen. So ist die Zahl der Wohnungen insgesamt um rund 240 vermehrt worden. Im Bau sind zurzeit noch 6 Häuser in der Brangel- und Seidelsstraße mit 39 Wohnungen und 6 Häuser in der Bautzstraße mit 28 Wohnungen, so dass durch die öffentliche Bautätigkeit im laufenden Jahre mit einer Vermehrung der Zahl der Wohnungen noch um 67 gerechnet werden kann. Dazu treten noch eine Anzahl von Wohnungen, die in der Nähe des Kreishaus für Rechnung der Fürstensteiner Gruben als Bergmannswohnungen errichtet werden. Es wird also auch im laufenden Jahre die Zahl der Wohnungen eine nicht unerhebliche, wenn auch bei weitem nicht genügende Vermehrung erfahren.

Die Versorgung der Stadtgemeinde mit Lebensmitteln war, abgesehen von Kartoffeln, infolge des Fortfalls der Hungerblöße durch unsere Feinde besser als im Vorjahr, aber bei weitem noch nicht ausreichend. Für eigene Rechnung hat die Stadt an Lebensmitteln für rund 5,5 Millionen Mark an die Bevölkerung abgegeben. Die Preise der Lebensmittel sind leider weiter gestiegen und es ist noch nicht ganz zweifellos, dass zurzeit der Höhepunkt erreicht und ein Rückgang zu erwarten ist. Der Betrieb der Kriegsschule ist am 1. April 1920 endgültig eingestellt worden, nachdem die Zahl der sie benützenden Personen ständig zurückgegangen war.

Auch im Jahre 1919 mussten in ständig steigenden Umfang Gehaltsverhöhrungen und Teuerungsabzüge an die städtischen Lehrkräfte, Beamten, Angestellten und Arbeiter bewilligt werden. Die Ausgaben, welche dadurch bedingt worden sind, sind geradezu ungeheure und übersteigen die Leistungsfähigkeit der Stadt in einem Maße, das für die Zukunft die schlimmsten Befürchtungen gerechtfertigt erscheinen, wenn nicht endlich auf dem Gebiete des Besoldungs- und Lohnwesens stabile Verhältnisse eintreten.

Die städtische Wohlfahrtspflege erfuhr durch die Eingemeindung von Altwasser mit seiner überwiegend unbemittelten Bevölkerung eine sehr erhebliche Zunahme ihres Arbeitsgebietes. Die Zahl der Armenpflegefälle und der Berufsvormundschaften hat sich insgesamt mehr als verdoppelt. Dagegen ist die Zahl der während des Sommers auf dem Lande unerledigten Kinder mir noch eine verhältnismäßig geringe gewesen. Ebenso ist die Zahl der Kriegsfamilien, die unterstützt wurden, erheblich zurückgegangen. Immerhin betrug bis Ende März 1920 die Gesamtsumme der seit Kriegsbeginn an Kriegsfamilien gezahlten Unterstützungen rund 5 Millionen Mark. Die Zahl der sonstigen Personen, die im Wege der Kriegswohlfahrtspflege untersucht wurden, betrug rund 180. An Kriegshinterbliebenen waren im Stadtbezirk Waldenburg 342 Witwen mit 673 Halbwaisen und 26 Vollwaisen vorhanden, von denen 326 Kinder der städtischen Sparfürsorge angeschlossen waren. Die Kindertröpfe in der Altstadt und der Neustadt waren auch im Rechnungsjahr 1919 gut bejügt und haben ihre Aufgabe voll erfüllt. Es ist berücksichtigt, die Krippe in der Altstadt in ein Säuglingskrankenhaus umzuwandeln. Auch die beiden im Stadtbezirk vorhandenen Mutterberatungsstellen waren stark in Anspruch genommen. Die bisher vom

Kreise geleitete Beratungsstelle in der Altstadt ist mit dem 1. April d. J. von der Stadt übernommen worden und untersteht jetzt der Leitung des Stadtärztes, der auch die ärztliche Aufsicht über die Krippen führt. Eine Neuregelung der gesamten Kinderfürsorge im Stadtbezirk nach neuzeitlichen Gesichtspunkten ist in Vorbereitung.

Bon den

#### Gemeindesteuern

haben namentlich Gemeindeeinkommensteuer und Gemeindevermögensteuer, aber auch Lustbarkeitssteuer und Grundwerbsteuer sehr erhebliche Mehrerträge gegenüber den Säulen des Haushaltspfanes gebracht. Die trotzdem notwendig gewordene Erhöhung der Gemeindesteuer durch Einführung eines fünften Steuervierteljahres war für die Steuerzahler zwar eine unangenehme Überraschung, hat aber der Stadt einen dauernden Vorteil dadurch verschafft, daß sie ihr einen um 25 Prozent erhöhten Anteil an der Reichsteinkommensteuer sichert. Bei den städtischen höheren Schulen und der Gewerbeschule waren wesentliche Schulgelder erhöhungen notwendig, um wenigstens einen Teil der gestiegenen Ausgaben zu decken. Die Realschule erhielt zu der zweiten Sexta noch eine zweite Quinta. Auch an der gewerblichen Fortbildungsschule war einerseits eine Erhöhung der den Lehrkräften zu zahlenden Vergütung, andererseits den von den Arbeitgebern zu zahlenden Schulbeiträgen notwendig.

Das Volksschulwesen wurde in Altwasser durch Neuschaffung von vier Lehrer- und sieben Lehrerinnenstellen wesentlich verbessert. Auch eine Turnhalle wird der Stadtteil Altwasser erhalten, sobald der Umbau des von der Stadt für diesen Zweck angekauften Seifert'schen Hotels beendet sein wird. Im Stadtteil Waldenburg waren an den evangelischen Volksschulen Klasseneinteilungen erforderlich. Die Hilfsschule in Waldenburg erhielt eine dritte und Ostern 1920 eine vierte Klasse, womit ihr Ausbau vollendet ist.

Der städtische Grundbesitz vermehrte sich durch den bereits erwähnten Ankauf des Seifert'schen Hotels, dessen Kaufpreis 110 000 Mark betrug, und vor allem durch den Ankauf des rund 900 Morgen großen Rittergutes Altwasser für den Preis von 1 Million Mark. Dadurch erhält Waldenburg neben einem Forstbesitz von etwa 500 Morgen und etwa 350 Morgen Acker- und Wiesen größere Flächen Bayland und einen ausschlaggebenden Einfluß auf die künftige bauliche Entwicklung von Altwasser. Die Stadt erhält ferner die Möglichkeit, den Futterbedarf des städtischen Marstalls im wesentlichen durch eine Ernte zu decken, sowie den großen und dringenden Bedarf der Bewohner des Stadtteils Altwasser und der Neustadt von Waldenburg nach Kleingärten und Kartoffelfeld zu befriedigen. Auch die Milchversorgung von Altwasser hat verbessert werden können, indem die Milchföhre des Stadtgutes Reinswalde nach Altwasser geschafft worden sind, während das Stadtgut Reinswalde künftig hauptsächlich als Weide für das Jungvieh und das trockenstehende Milchvieh benutzt werden soll. Ferner ist der Viehbestand der städtischen Biegenharm dem Viehbestand des Rittergutes Altwasser einverlebt worden. Da anscheinend auch eine hinreichende Verzinsung des Kaufpreises erzielt werden wird, stellt sich der Kauf als nach jeder Richtung für die Stadt vorteilhaft dar.

Von weiteren Grundstücksanlässen ist noch der Ankauf einer etwa 21 Hektar großen Fläche, die zum Gutsbezirk Kynau gehört, aber unmittelbar an den städtischen Grundbesitz am Bahnhof Altwasser angrenzt, zu erwähnen. Die Fläche, deren Eingemeindung demnächst erfolgen wird, stellt ein sehr günstig gelegenes Siedlungsgelände dar. Der Kaufpreis beträgt 168 000 Mark. Hinsichtlich des Ankaufs des Geländes zwischen Fürstensteiner Straße und Salzbrunner Weg, das etwa 4 Hektar groß ist, sind die Ankaufsvorhandlungen noch nicht beendet.

Endlich ist durch einen auf 25 Jahre abgeschlossenen Vertrag die Stadtgemeinde in den Pachtbesitz der Ziegelei in Kynau gelangt. Der Pachtzins beträgt 6000 Mark jährlich. Durch die Pachtung erhält die Stadt die Möglichkeit, die für die städtischen Zwecke, insbesondere den gemeinnützigen Wohnungsbau, erforderlichen Ziegel im eigenen Betriebe herzustellen. Trotzdem die Ziegelei zunächst mit einem Kostenaufwand von 18 500 Mark instandgesetzt werden mußte und erst am 26. Juli 1919 in Betrieb genommen werden konnte, wurden doch bis zum Eintritt des Großwetters rund 600 000 Ziegel angefertigt. Die Kosten des Betriebes waren trotzdem nicht höher als in Privatbetrieben.

Aus dem Geschäftsbereich des Bau- und Wohnungsamtes ist zu berichten, daß der Raumnotangst, unter dem die städtische Verwaltung litt, und der auch durch den Umbau des Pleißischen Hofes zu Verwaltungszwecken nicht völlig behoben war, dazu führte, vom 1. Februar 1920 ab alle dem Bau- und Wohnungsamt unterstehenden Geschäftsbereiche in vom Justizamt gemieteten Räumen des Amtsgerichts unterzubringen. Was zunächst das Wohnungsamt anlangt, dessen rechtliche Grundlage die polizeilichen Vorschriften über den Wohnungsnachweis und die für die Stadt Waldenburg erlassene Wohnungszordnung bilden, so hat infolge der stetig zunehmenden Wohnungsnott sich seine Geschäftslast so gesteigert, daß neben der Wohnungspflegerin und den zugehörigen Schreibräten ein Wohnungsdienstleiter angestellt und außerdem ausnahmsweise zur Erledigung bautechnischer Arbeiten ein Bautechniker und ein Zeichner angestellt werden mußten. Trotzdem konnte nur die Wohnungsermittlung in ausreichendem Maße durchgeführt werden. Die eigentliche Wohnungsaufsicht nebst der dringend notwendigen Überwachung der Schlafstellen und die dem Wohnungsamt obliegenden statistischen Aufgaben konnten nur in verhältnismäßig geringem Umfang ausgeübt werden, weil die Wohnungsermittlung die Arbeitskraft der Angestellten des Wohnungsamtes voll in Anspruch nahm.

Am neuen Hochbauten wurden, wie bereits erwähnt, die vier eigentlich zu Utrecht nur als Behelfsbauten bezeichneten Wohngebäude in der Hermannstraße, die fünf Wohnhäuser in der Barbarastrasse und das Feuerwehrgerätehaus in der Bahnhofstraße fertiggestellt, wodurch 67 neue, allen neuzeitlichen Ansprüchen entsprechende Wohnungen geschaffen worden sind. Alle diese Gebäude führen sich vorteilhaft in das Stadtbild ein, insbesondere gilt dies auch von den sogen. Behelfsbauten in der Hermannstraße, deren Bewohner sich in ihren Wohnungen durchaus wohlfühlen, und die, zumal seit sie mit gärtnerischen Anlagen umgeben worden sind, kaum noch von jemandem als Verhandlung des Landschaftsbildes empfunden werden.

Im Bau befinden sich noch 6 Häuser mit 39 Wohnungen in der Brangel- und Seiditzstraße, sowie 7 Häuser in der Bawereinsstraße mit 28 Wohnungen für Bergleute. Ob es daneben möglich sein wird, auch noch die Besiedelung des Hartbuschgeländes am Bahnhof Altwasser in Angriff zu nehmen, wird davon abhängen, wie weit vom Reich und Staat weitere Mittel zur Deckung der Uebersteuerung zur Verfügung gestellt werden.

Der städtische Marstall, an den immer steigende Ansprüche gestellt wurden, wurde, da er bisher in völlig unzulänglicher Weise untergebracht war, nach dem städtischen Grundstück zwischen Rathausplatz und Kriegerstraße verlegt. Durch einen Umbau, dessen Kosten sich auf etwa 200 000 Mark belaufen werden, sind dort auch Räume für eine Schmiedewerkstatt, eine Stellmacherie und eine Tischlerei geschaffen worden, in der die im Betriebe der städtischen Verwaltung erforderlichen Instandsetzungsarbeiten und auch, soweit angängig, Neuauftüngungen vorgenommen werden. Die Herstellung dieser Werkstattanlage war notwendig geworden, da die erforderlichen Instandsetzungen von den privaten Handwerkern oft nur schwer und mit großen Verspätungen zu erhalten waren und fast unerschwingliche Kosten verursachten. Eine Konkurrenz für das private Handwerk werden die städtischen Werkstätten schwerlich werden.

Von größeren Tiefbauarbeiten ist zunächst die Rationalisierung des Dorfbaches in Altwasser zu erwähnen, die für die Sanierung des Stadtteiles Altwasser von außerordentlicher Bedeutung ist und deshalb alsbald nach der Eingemeindung in Angriff genommen wurde. Die Kosten werden etwa 970 000 Mark betragen, von denen 394 000 Mark durch Zuschüsse von Reich und Staat, etwa 150 000 Mark durch Anliegerbeiträge und der Rest durch eine Anleihe gedeckt werden sollen. Auch für den den Stadtteil Altwasser durchfließenden Laisbach waren Aufwendungen erforderlich. Es hatte sich hier eine außerordentliche Räumung und der Einbau einer Flutrinne in dem unverdeckten Teil des Bachbettes als unumgänglich notwendig herausgestellt. Zu den Kosten, die rund 170 000 Mark betragen haben, haben Reich und Staat einen Zuschuß von rund 54 000 Mark geleistet. Weiter war der Neubau der Bahnhofstraße erforderlich, für den Reich und Staat einen Zuschuß von rund 23 000 Mark bewilligt hatten. Die Kosten des Neubaus, der sich bis in den Sommer des Jahres 1920 hingezogen hat, werden sich voraussichtlich kaum auf weniger als 150 000 Mark belaufen. Mit dem Neubau der Straße ist die Herstellung eines Regenwasserkanals auf der Südseite der Straße verbunden worden, dessen Kosten etwa 15 000 Mark betragen werden. Am Sonnenplatz im Stadtteil Waldenburg mußte die Regenwasserkanalisation erweitert und verbessert werden, um die bei starken Regengüssen auftretenden Überschwemmungen für die Zukunft zu verhüten, die entstandenen Kosten belaufen sich auf rund 11 000 Mark.

Die Unterhaltung der städtischen Straßen drohte infolge der starken Abnutzung durch die zahlreichen Kohlen, befördernden Lastkraftwagen und Dampfschlittzüge für die Stadt unerschwinglich zu werden. Nach langen Verhandlungen erklärte sich das Kohlensyndikat bereit, zum Ausgleich an die Stadtgemeinde einen Betrag von 0,50 Mark für jede im Landabfatz verbrauchte Tonne Kohle zu zahlen, was im Jahre etwa 100 000 Mark ausmachen wird. Damit ist die starke Abnutzung der städtischen Straßen durch die Kohlenabfuhr von den Gruben des Kreises wenigstens zu einem Teil ausgeglichen.

Unser Gartenamt hat zunächst mit einem Kostenaufwand von 27 000 Mark die während des Krieges notgedrungen vernachlässigten Anlagen unseres Stadtparkes wieder instandgesetzt. Sodann aber hat unser Gartenamt, allerdings mit großen Kosten in der Nähe der sog. Behelfsbauten eine Kleingartengesellschaft geschaffen, welche für unsere Verhältnisse als mustergültig anzusehen ist und eine würdige Erweiterung unserer schönen Stadtparkanlagen darstellt. Die Kosten betrugen rund 147 000 Mark und werden in Höhe von rund 82 000 Mark durch Reichs- und Staatszuschüsse gedeckt werden.

Bei unserem Wasserwerk waren, um die steigenden Selbstkosten zu decken, weitere Erhöhungen der Wasserpreise notwendig. Der Friedenspreis, der für hauswirtschaftliches Wasser 22 Pf. und für gewerbliches Wasser 18 Pf. je Kubikmeter betragen hatte und bis zum 1. April 1918 in Geltung geblieben, dann aber um 4 Pf. je Kubikmeter erhöht worden war, mußte am 1. April 1919 um weitere 6 Pf. und am 1. Juli 1919 um weitere 12 Pf. erhöht werden, sodass er 44 Pf. für hauswirtschaftliches und 40 Pf. für gewerbliches Wasser betrug. Seit dem 1. Dezember 1919 richtet er sich nach den Kohlenpreisen und stieg demnach bis zum 31. März 1920 auf 78,69 Pf. für hauswirtschaftliches und 86,6 Pf. für gewerbliches Wasser. Für das laufende Vierteljahr ist mit einem Preis von 116,65 Pf. für hauswirtschaftliches und 108,65 Pf. für gewerbliches Wasser zu rechnen. Damit ist die Preiserhöhung auf etwa das 5,3fache des Friedenspreises gestiegen. Die Wasserversorgung hat sich auf der Höhe des Vorjahres gehalten, sie war um etwa 20 Prozent höher als in der Kriegszeit. Um diese erhöhte Wasserversorgung zu erreichen, waren die durch den Krieg herabgewirtschafteten Betriebsanlagen ständig bis an

die äußerste Grenze ihrer Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen, ohne daß es möglich war, allen Anforderungen, die von Seiten der Wassernachfrager an das Werk gestellt wurden, gerecht zu werden und zu verhindern, daß in hochgelegenen Ortsteilen oder Ortsteilen oder bei einzelnen größeren Wassernachfragern zeitweilig drückender Wassermangel eintrat. Eine wesentliche Besserung hat zurzeit bereits die Fertigstellung der zweiten Leitung von Schwarzwaldau nach Ruhbank herbeigeführt. Leider werden die Kosten dieser Leitung etwa 1 450 000 Mark betragen, also um 450 000 Mark höher sein, als seiner Zeit veranschlagt worden war. Zur Besserung der Wasserversorgung der Neustadt ist am Hellensteig eine elektrische Pumpe aufgestellt worden, die sich sehr gut bewährt und etwa 10 000 Mark geflossen hat. Ferner ist die Wasserversorgung in Wernerstorf durch Herstellung von drei neuen Rohrbrunnen wesentlich verbessert worden; die Kosten werden etwa 45 000 Mark betragen. Weiter wird in Wernerstorf mit einem Kostenaufwand von rund 500 000 Mark ein zweites Pumpwerk errichtet, das täglich etwa 3000 Kubikmeter Wasser liefern wird. Weitere Arbeiten zur Verstärkung der Leistungsfähigkeit der Wasserwerksanlagen werden erwogen, um unser Wasserwerk wieder in die Lage zu setzen, den Bedarf seiner Nachfrager in voller Höhe zu befriedigen. Von sonstigen Erweiterungen ist nur noch die Legung einer Leitung in der Barbarastrasse zu erwähnen, die zur Versorgung der dort errichteten städtischen Wohnhäuser, gleichzeitig aber als Teil einer später zu erbauenden neuen Zuleitung für Altwasser zu dienen bestimmt ist. Die Kosten belaufen sich auf rund 40 000 Mark.

Auch im Betriebe unseres städtischen Gaswerkes waren erhebliche Preiserhöhungen notwendig. Der Kriegspreis von 12 Pf. je Kubikmeter war noch bis zum 1. Juli 1917 in Geltung geblieben, dann aber vom 1. Juli 1917 ab auf 13, vom 1. Januar 1918 ab auf 14, vom 1. April 1918 ab auf 16, vom 1. März 1919 ab auf 20 Pf., vom 1. Juli 1919 ab auf 20 Pf. je Kubikmeter erhöht worden. Mit dem 1. November 1919 trat auch hier durch Einführung einer Kohlensteuer eine Anpassung des Gaspreises an die jeweiligen Kohlenpreise ein. Infolgedessen stieg der Gaspreis am 1. November 1919 auf 59, am 1. Januar 1920 auf 69, am 1. April 1920 auf 110 Pf. und wird für das laufende Vierteljahr voraussichtlich 1,25 Mark je Kubikmeter betragen. Damit ist etwa das 10fache des Kriegspreises erreicht. Der Gasverbrauch hat trotz dieser Preisseigerungen auch im Berichtsjahr noch erheblich zugenommen und betrug mit mehr als 2 600 000 Kubikmeter etwa doppelt so viel als in der Kriegszeit. Um die Gaswerksanlagen zu dieser Leistung dauernd zu befähigen, waren Instandsetzungen und Erweiterungen nicht zu umgehen. Zunächst waren infolge Senkung der Glocke erhebliche Instandsetzungen am großen Gasbehälter erforderlich, deren Kosten auf etwa 15 000 Mark veranschlagt waren, aber etwa 60 000 Mark betragen haben. Ferner mußte infolge der Zunahme des Gasverbrauches zur Aufstellung eines neuen Gasbehälters geschritten werden, der an der Stelle des kleinen Gasbehälters als Scheibenbehälter ohne Wasserabdichtung mit einem Fassungsvermögen von 4000 Kubikmeter errichtet wird. Die Kosten sind hier auf 365 000 Mark veranschlagt, werden aber infolge der Steigerung der Löhne und Materialienpreise etwa das Doppelte dieses Betrages erreichen. Die Gasversorgung des Stadtteiles Altwasser mit Neu Weißstein und Kolonie Sandberg wurde am 1. Januar 1920 von der Stadt übernommen. An die Gaszentrale Altwasser, in deren Händen bisher die Versorgung dieser Ortsteile lag, ist als Entschädigung für die von ihr übernommenen Werte ein Betrag von etwa 150 000 Mark zu zahlen. Im übrigen wird der erhöhte Gewinn, den uns das Gaswerk im Jahre 1919 abgeworfen hat, zur Verstärkung der Ersparnisse, die infolge der Zunahme der Leistung sich ergeben müssen.

Die städtische Badeanstalt wies im Berichtsjahr den höchsten Besuch seit ihrem Bestehen auf. Wiederholte Erhöhungen der Baderpreise waren notwendig, um die steigenden Unkosten wenigstens teilweise zu decken.

Der Schlachthof war auch im Berichtsjahr noch an den Kreiskommunalverband verpachtet.

Unsere städtische Sparkasse hat auch im Berichtsjahr einen sehr erheblichen Zuwachs an Spareinlagen erfahren, der bei der Nebenstelle Altwasser rund  $\frac{1}{2}$  Million, bei der Hauptstelle in Waldenburg rund  $\frac{7}{8}$  Millionen Mark betrug. Der Gesamtbetrag an Einlagen betrug Ende 1919 rund  $35\frac{1}{2}$  Millionen Mark, also rund 8,4 Millionen Mark mehr als Ende 1918. Diese Zunahme übersteigt diejenige des Jahres 1918 noch um über 3 Millionen Mark und ist überhaupt die größte seit Bestehen der Sparkasse. Ebenso günstig war die Entwicklung der der Sparkasse angegliederten Stadtgirokasse, deren Bestand an fremden Einlagen sich gegenüber dem Vorjahr um rund  $6\frac{1}{2}$  Millionen Mark auf  $9\frac{1}{2}$  Millionen Mark erhöhte. Der Jahresumsatz betrug bei der Stadtgirokasse rund 88 Millionen Mark. Der Überschuss dieser Kassen beträgt für das Jahr 1919 rund 155 000 Mark. Trotz der gewaltig gestiegenen Verwaltungskosten ist er gegen das Vorjahr um rund 23 000 Mark gestiegen. Mit dem 1. April d. J. ist die Stadtgirokasse von der Sparkasse wieder abgetrennt und zu einer Stadtkasse ausgestaltet worden. Wie günstig diese Maßnahme gewirkt hat, ist daraus zu ersehen, daß die Stadtkasse am 1. Januar d. J. bereits über einen Bestand an fremden Geldern in Höhe von 26 Millionen Mark verfügt und dieser Einlagenbestand, sowie der Umsatz ständig steigt. So ist zu hoffen, daß die Stadtkasse alle Hoffnungen, welche auf ihre Errichtung gelegt wurden, voll rechtfertigen wird. Zu einer Konkurrenz für die Sparkasse ist die Stadtkasse keineswegs geworden, denn auch der Einlagenbestand der Sparkasse, die im übrigen durch die Stadtkasse von allen nicht unmittelbar mit dem Sparkasseneinfluss zusammenhängenden Ge-

schäften entlastet worden ist, hat sich seit Januar 1920 um 5,5 Millionen Mark, davon allein im Monat Juli um 1,7 Millionen Mark, vermehrt, und betrug Mitte August bereits rund 41 Millionen Mark.

So hat auch während des schweren Jahres 1919 die Entwicklung der Stadt nicht stillgestanden, sie ist vielmehr durch die Opferwilligkeit der städtischen Körperschaften mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gefördert worden und es ist vieles nachgeholt worden, was während des Krieges zurückgestellt werden mußte. So könnten wir trotz allem Schwierig, was uns das Jahr 1919 gebracht hat, mit Befriedigung auf dieses Jahr zurückblicken, wenn die Aussichten für die Zukunft besser wären. Wie der Magistrat diese Aussichten beurteilt, das ergibt der neue Haushaltplan, der die städtische Wirtschaft für das Jahr 1920 regeln soll und der heute zur Beratung steht. Eine einzige Zahl reicht hin, um diesen Haushaltplan zu beurteilen. Der gesamte Ausgabenbedarf ist auf nicht weniger als 21 Millionen Mark geschätzt gegenüber 8½ Millionen Mark im Jahre 1919 und nur 2½ Millionen Mark im Jahre 1914. Wie haben also in diesem Jahre einen Ausgabenbedarf, der um das 8½fache höher geschätzt werden mußte, als die letzte Schätzung des Jahresbedarfs vor dem Kriege betrug. Und es fragt sich, wodurch diese Steigerung verursacht worden ist. Da muß von vornherein betont werden, daß sie nicht verursacht wird durch große einmalige Ausgaben.

Abschneiden von den nicht zu umgehenden Wohnungsbauten und werbenden Anlagen in den Betrieben des Gaswerks und des Wasserwerks, deren Ausführung nicht aufgeschoben war, ist im Haushaltplan für 1920 keine einzige größere Bauausführung oder sonstige einmalige Ausgabe vorgesehen. Ebenso wird die Steigerung der Ausgaben nur zu einem kleinen Teil veranlaßt durch das Steigen der städtischen Schuldenlast, die vor dem Kriege etwa 6 Millionen Mark betrug, für Ende 1920 aber auf etwa 14½ Millionen Mark zu schähen ist. Denn der Mehraufwand für Verzinsung und Tilgung dieser Schuld beträgt nur etwa 400 000 Mark jährlich und wird überdeckt, da es sich überwiegend um Anleihen für werbende Zwecke, insbesondere Erweiterungen von Gaswerk und Wasserwerk, Gutsläden usw. handelt, größtenteils durch entsprechende Einnahmen gedeckt. Vielmehr wird die Steigerung fast ausschließlich dadurch bedingt, daß die Stadt für alle ihre sämtlichen Bedürfnisse, für Straßenunterhaltung, Straßenreinigung und Müllabfuhr, für die Heizung, Beleuchtung und Instandhaltung der städtischen Gebäude und für die Bezahlung ihrer Beamten und Angestellten Auswendungen machen muß, die das 4- bis 25fache der Vorkriegssätze ausmachen. Die Steigerung des Ausgabenbedarfs der Stadt ist also, was immer und immer wieder betont werden muß, keineswegs die Folge einer leichtsinnigen oder verschwenderischen Geschäftsgabe, sondern einzig und allein die Folge der herrschenden Zerstörung, gegen die die Stadtoberwaltung im Grunde ebenso machtlos ist, wie der einzelne. Das ergibt sich auch, wenn man untersucht, wie der gestiegerte Ausgabenbedarf sich auf die einzelnen Verwaltungszweige verteilt. So ist der Überschuß der Grundstücksverwaltung im neuen Haushaltplan um rund 64 000 Mark geringer veranschlagt, als im Vorjahr. Der Grund liegt hauptsächlich in der außerordentlichen Steigerung der Ausgaben für die Unterhaltung der Gebäude. Der Haushaltplan des Bau- und Wohnungsdamtes erfordert einen Zuschuß von fast 2 Millionen Mark gegenüber rund 465 000 Mark im Vorjahr.

Von diesem Mehrbedarf entfallen zunächst ½ Million Mark allein auf die Kosten der laufenden Verwaltung, momentlich auf Besoldungen, rund 130 000 Mark auf die Unterhaltung der Straßen und Plätze, 875 000 Mark auf die Unterhaltung der Garten- und Parkanlagen, mehr als 1 Million Mark auf die Straßenreinigung und Müllabfuhr, größere einmalige Ausgaben dagegen sind in dem Haushaltplan überhaupt nicht vorgesehen. Ebenso ist der Zuschuß, den das Polizei- und Sicherheitswesen erfordert, um rund 600 000 Mark höher veranschlagt als im Vorjahr, in der Hauptsache auch hier lediglich eine Folge der gestiegenen Ausgaben für Besoldungen. Der Zuschuß für das Gymnasium ist auf rund 223 000 Mark gesetzt, gegen 73 000 Mark, für die Realschule auf 162 000 Mark gegen 46 000 Mark, für das Lyzeum auf 178 000 Mark gegen 42 000 Mark, für die Volksschulen auf 1 415 000 Mark gegen 408 000 Mark im Vorjahr, auch hier eine Folge der durch die städtische Besoldungsreform notwendig gewordenen Gehalts erhöhungen. Demgegenüber fällt es nicht sehr ins Gewicht, wenn auch die Kapital- und Schuldenverwaltung einen um mehr als 360 000 Mark höheren Zuschuß erfordert. Zur Deckung aller dieser Mehrbedarfen können im Haushaltplane auch die Überlebisse vom Wasserwerk und Gaswerk nicht herangezogen werden, da sie nur um etwa 70 000 Mark höher veranschlagt werden könnten, als im Vorjahr und fast ganz durch den Minderüberschuss der Grundstückszertifikat verdeckt werden. Es bleibt also nichts übrig, als den gesamten Mehrbedarf durch Steuern zu decken, so daß sich ein Gesamtausgabenbedarf von fast 7½ Millionen Mark ergibt. Daraus sollen etwa 150 000 Mark durch Biersteuer, Hundesteuer, Lufsteuer, Grundwerbsteuer und Wertzuwachssteuer, 3 650 000 Mark durch den Anteil der Stadt an der Reichseinkommensteuer und etwa 30 000 Mark durch Betriebszuschüsse auswärtiger Gemeinden gedeckt werden. Um den Rest zu decken, sollen erhoben werden:

15% der Mieten als Mülleabfuhrgebühr,  
15% des Gebäudevermietungswertes als Straßeneinigungsgebühr,  
9 vom Tantzen des gemeinen Wertes als Gemeindegrundsteuer,  
360% des nach der Gewerbesteuer sich ergebenden Solls als Gemeindegewerbesteuer, und eine Gemeindeeinkommensteuer, und ein Ertrag auf 600 000 Mark geschützt wird.

Wir sind uns wohl dessen bewußt, daß diese Steuern eine ganz außerordentlich schwere Belastung der Steuerzahler darstellen. Es dürfte aber tatsächlich kaum möglich sein, an dem Haushaltplan, der mit außerordentlicher Sparanstrengung aufgestellt ist, irgend welche nennenswerte Abstriche zu machen. Soll der Haushaltplan nicht mit einem Fehlbetrag abschließen und das dürfte allen Grundzügen einer gesunden Geldwirtschaft widersprechen, so wird die schwere Steuerlast getragen werden müssen, welche der Magistrat vorschlägt. Dabei will ich aber nicht unerwähnt lassen, daß für das nächste Jahr eine wesentliche Erleichterung der finanziellen Belastung der Stadt erwartet werden kann, wenn Reich und Staat gewisse Versprechungen, die sie den Gemeinden gegeben haben, tatsächlich erfüllen, insbesondere, wenn sie die Polizeilaisten, die Volkschulassisten und die Kosten der Befreiungsreform wenigstens zum Teil den Gemeinden abnehmen, und die Beistullen zu den höheren Schulen wesentlich erhöhen. Wenn dann weitere Steigerungen der Gehälter und Löhne vermieden werden, und sowohl Beamte, wie Angestellte und Arbeiter müssen sich klar darüber sein, daß die Grenze, bis zu der die Stadt ihren Ansprüchen entgegenkommen könnte, erreicht ist und weiteres Entgegenkommen von Seiten der Stadt nicht mehr erwartet werden kann, und wenn die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in unserem Vaterlande geordnete bleiben, dann kann ich die Hoffnung aussprechen, daß vielleicht schon im nächsten Jahre die Steuern herabgesetzt werden können, ohne daß die Weiterentwicklung der Stadt Not leidet.

In den vom ersten Bürgermeister erfaßten Verwaltungsbüchern trüpfte sich eine lange Debatte.

Stadt. Dittreiter (Soz.) verteidigte in einer vierzig Minuten langen Rede die sozialdemokratische Fraktion gegen den Vorwurf, daß sie im abgelaufenen Jahr verschwenderisch gewirtschaftet und städt. Gelder zum Fenster hinausgeworfen habe. Die Fraktion habe im Gegenteil sparsam und sachlich gearbeitet und auf die rechte Seite des Hauses keinen Terrorismus ausgeübt. Der Redner kam dann nach häuslichen Abschweifungen, die sich mit der inneren und auswärtigen Reichspolitik seit Ausbruch der Revolution befaßten, nochmals auf die Deutmaßangelegenheit zu sprechen und warf den Bürgerlichen vor, daß es in ihren Reihen an Totsilbern fehle. In Zukunft werde die sozialdemokratische Fraktion im Stadtparlament für die Einheitsschule, für die Auslese der begabten Volksschüler, für die Einrichtung einer religiösen Schule in Altmässer, für die körperliche Erziehung der Jugend, für die Behebung der Wohnungssnot, für eine Wohnungslizenzsteuer, für die Besteuerung von Jagdhunden, Schießpfeilern, Klavieren, Grammophons, für den Ausbau städt. Handwerksbetriebe, für die Einrichtung einer städt. Sargsticherei, für die Kommunalisierung des Bestattungswesens und für eine Neuordnung des Altmöbelhandels eintreten. Zum Schluß meinte der Redner, daß die Rechte gegenwärtig die Rolle eines Gefangenens spielt, und daß ihr die Linke fortan das Gesetz des Handelns vorschreiben werde.

— Stadt. Dötscher (Unabh.) stimmte in langen Ausführungen den meisten Programmpunkten des Stadt. Dittreiter zu. Er forderte, daß die Stadt Einfluß auf die Bergwerke gewinne und das Elektrizitätswerk in eigene Regie übernehme. Verschiedene Städt. würden seine Freunde nicht genehmigen, so u. a. die Forderungen für das Gymnasium und das Lyzeum, die Anstalten seien, die nur für die Kinder der Kapitalisten von Nutzen wären und außerdem Brüderstätten des reaktionären Nationalismus. Das Bergfest auf der Rossebäude, an dem sich die Schüler der beiden Anstalten überwiegend beteiligt hätten, hätte dafür wieder einen erschreckenden Beweis geliefert.

Stadt. Dr. Hünerfeld (Bürgerpartei) wies darauf hin, daß der Stadt. Dittreiter in seiner langen Rede über alles andere, jedoch wenig über den Staat gesprochen hätte. Seine Ausführungen qualifizierten sich als Wahlrede, in der die Verhältnisse sehr einseitig betrachtet wurden. Auch die Bürgerpartei werde in Schul- und Bildungsfragen alle notwendigen Forderungen unterstützen und besonders die körperliche Erziehung der Jugend zu fördern suchen. Das Gesetz des Handelns werde sich die Bürgerpartei niemals von der Linken dictieren lassen, sondern stets nach freien, selbständigen Entschlüssen handeln.

Stadt. Schärf (Bürgerp.) wandte sich gegen die Kommunalisierung des Handwerks, besgl. Stadt. Kretschmer (Bürgerp.). — Stadt. Ernst verlangte eine durchgreifendere Tätigkeit der Preisprüfungsstellen. — Weiter beteiligten sich an der Debatte die Stadt. Fehlher, Peltner, Reichelt, Kitzing, Schärf und Stadtrat Grüttner.

Erster Bürgermeister Dr. Erdmann erklärte sich mit der Erhöhung der Hundesteuer einverstanden, hatte aber rechtliche Bedenken gegen die Einführung einer Klavier- und Jagdgewichtsteuer. Monopolbetrieb werde der Magistrat auch jetzt unter städt. Einfluß zu bringen suchen. Eine völlige Kommunalisierung des Handwerks lehne er ab, dagegen müsse, wo es erforderlich sei, einem weiteren Ausbau der städt. Werkstättenbetriebe näher getreten werden. — Hierauf ergriff Stadt. Dötscher (Unabh.) abermals das Wort zu längeren Ausführungen. Er übertrug sich aber dabei derartig, daß der Stadt. Vorsteher Peltner den Redner bat, seine Stimme doch nicht so anzustrengen, was große Heiterkeit auslöste.

Inzwischen war es 9 Uhr abends (1) geworden und da die weitere Aussprache userlos zu werden schien, stellten die Vertreter der vier bürgerlichen Zeitungen ihre Tätigkeit wegen der vorgerückten Zeit ein.

15. Geburtstag. Diesen immerhin seltenen Tag kann morgen, am 17. d. Mts., die Witfrau Armler, wohnhaft im Gaslhof zum „Gold. Anker“ hierelbst, begießen. Die betagte Frau blickt auf ein Leben voll Mühe und Arbeit zurück, erfreut sich aber nichtsdesto-

weniger noch körperlicher und geistiger Freiheit und Müdigkeit, die es ihr ermöglicht, noch auf Arbeit zu gehen. Seit 32 Jahren ist sie Bezieherin der „Waldenburger Zeitung“ und 26 Jahre Austrägerin derselben; 31 Jahre hat sie ihre bisherige Wohnung inne. Gewiß ein seltenes Zeugnis von Beständigkeit und Treue! Unseren Glückwünschen zu ihrem Wiegenfest werden sich ihre zahlreichen Abonnenten und Bekannte gewiß gern anschließen.

\* Die Reichsstelle für Speisefette warnt vor dem Ankauf alter Bestände von Schmalz und Rindensmilch, die meist in Holland lagern, wegen Qualitätsmangel nicht angenommen sind und durch Schieberfirmen nach Deutschland gebracht werden. Anträge auf Einfuhr von Auslandsmargarine haben keine Aussicht auf Genehmigung, da die Reichsstelle befreit ist, die inländische Margarineindustrie wieder wettbewerbsfähig zu machen.

# Neu Salzburg. Auszeichnung. Dem Bergmann Bruno Zinke hierelbst, der unter eigener Lebensgefahr vor Jahresfrist in der Ober Salzburger Badeanstalt einen Schrebergärtchen vom Tode des Ertrinkens errettete, wurde die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

# Bad Salzburg. Familiennabend. Die kathol. Pfarrgemeinde hielt in der „Preußischen Krone“ einen stark besuchten Familiennabend ab, bei dem der bekannte Kanzelredner Franziskanerpater Cherubim aus Graz einen Vortrag über „Die Kulturmision der kath. Kirche in Vergangenheit und Gegenwart“ hielt. Weiter bot der Abend ausgezeichnete Darbietungen unserer heimischen Klavierklintonlerin Fr. Brüder, die lediglich Befall fanden.

-d. Ried der Salzbrunn. Gesangsaufführung. Muntre, rüstige Kinderscharen rüstten sich für diesen Sonntag, um für ihre erholungsbedürftigen Mitschüler in den stillen Waldheimen in den Dienst der Wohltätigkeit zu treten. An 600 Kinder werden in dem großen Garten der „Hummelei“ zu Pölsdorf ihre Stimmen erschallen lassen. In das bunte Bild der Bieder, das sich in Einzel-, bzw. Gruppen- und Massenchöre teilt, sind Reigen und Bauerntänze aufgenommen, und freudig wird sich das Auge weiden an dem bunten Gewimmel. Möchten nur die Schleusen des Himmels ungeöffnet bleiben, dann ist für das Gelungen der Veranstaltung gesorgt.

## Bunte Chronik.

Für 400 000 Mark Steuernmarkt unterschlagen.

Einen neuen Gegenstand für Diebstähle und Veruntreuungen hat der Steuerabzug geliefert. Die Steuernmarkt, durch die der Abzug vom Lohn und Gehalt belegt wird, haben einen erheblichen Wert. Die höchsten Wertzeichen lauten auf 25 Mark. Ein ungetreuer Postbeamter hat sich die neue Einrichtung schon verbrecherisch zunutze gemacht. Der 35jährige Postsekretär Wilhelm Müller aus Pyritz hat dem Amt 16 000 Stück Steuernmarkt zu je 25 Mark, also für 400 000 Mark, unterschlagen und ist damit durchgebrannt. Auch 70 000 Mark bares Geld hat er mitgenommen. Auf die Entdeckung des Flüchtigen ist eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

Eine Schwindelsabrik aufgedeckt.

Als ein Betriebsunternehmen wurde durch die Kriminalpolizei in Berlin eine „Chemische Fabrik“ aufgedeckt, die durch verlockende Annoncen und Anpreisungen vermögende Teilhaber und Lautionsfähige Angestellte suchte. Nach den bisherigen Ermittlungen hat der Verhaftete, ein gewisser Georg Jämiela, bereits 100 000 Mark von vertraulichen Leuten erhalten.

Shakespeare auf deutschen Bühnen.

Dem statistischen Überblick über die Aufführungen Shakespearischer Werke auf den deutschen und einigen außerdeutschen Theatern im Jahre 1919, den Dr. Egon Mühlbach, Leipzig, in dem demnächst erscheinenden Jahrbuch der deutschen Shakespeare-Gesellschaft mit gewohnter Zuverlässigkeit aufgestellt hat, entnehmen wir folgende bemerkenswerte Zusammenstellung. Im ganzen handelt es sich um 284 Theatergesellschaften (gegen 281 im Jahre 1918) mit 28 Werken des Dichters in 1349 (1918: 1028) Aufführungen. An der Spitze steht „Wie es euch gefällt“ mit 204 Aufführungen durch 15 Gesellschaften; dann folgen „Othello“ (175:53), „Hamlet“ (150:41), „Was ihr wollt“ (144:25), „Der Kaufmann von Venetien“ (109:60), „Ein Sommernachtstraum“ (76:16), „Romeo und Julia“ (74:29), „Ein Wintermärchen“ (62:12), „Coriolan“ (47:4) usw. Der meisten Aufführungen darf sich Berlin rühmen mit 284; dann folgen Hamburg-Altona mit 79, Wien mit 61, München mit 59, Düsseldorf mit 49 und Leipzig mit 48.

Eine treffende Inschrift.

Kaiser Don Pedro II. von Brasilien kam eines Tages auf einen vernünftigen Gedanken, in Rio de Janeiro ein Heim für Arme und Obdachlose zu errichten und erließ einen Aufruf, der zur Spende von Beiträgen aufforderte. Sein Ruf eklang indessen wie ungehört und nur sehr wenig Geld kam zusammen. Da verfaßte der Menschenkenner auf dem Thron einen neuen Aufruf, in dem er den Baronettel deneu, die 100 Contos (etwa 20 000 Mk.) und den Grafentitel jedem veriprach, der 250 Contos (etwa 50 000 Mk.) zeichnete. Das half.

Das Geld strömte förmlich herbei. Für das Elend der Armen hatte man nichts übrig gehabt, wohl aber für die Befriedigung der Eitelkeit. Endlich kam der Tag, da das Heim sollte eingeweiht werden, und das Haus „Sancta Casa Misericordias“ stand fertig und festlich geschmückt. Nur der Front war noch von einer Draperie verborgen, die erst im Augenblick der Einweihung entfernt wurde. Dann zeigte sich eine lateinische Inschrift: „Vanitas humana humanæ miseria“ (Die menschliche Eitelkeit dem menschlichen Elend). Tressender und gerechter sind wohl Titelstiftende selten bestraft worden.

Leutnant und drückte dem jungen Mädchen warm die Hand. Sie lächelte ihm freundlich zu und fuhr fort:

„Eberhard gehört zu Bornitz wie der Fluß, der die Räder der Maschine treibt, ich kann mir die Anlagen nicht ohne ihn denken, und ich mag es nicht. Mit meiner Bewilligung geschicht nichts, was seine Tätigkeit lahmlegen oder sie ihm verleidet könnte.“

„Du tuft ja gerade, als wärest Du unmenschliche Herrin von Bornitz“, sagte Frau Bergfeld höhnisch. „Dein Onkel, Deine Mutter, Walter haben doch noch ein Wort mitzureden, und Du hast gar keine Stimme.“

„Es fehlt freilich noch ein ganzes Jahr an meiner Mündigkeit, aber ich glaube, im stillen haben sie mich alle schon mündig gesprochen“, erwiderte Viktoria, stolz den schönen Kopf erhebend. Smolka, der jetzt den Augenblick gekommen glaubte, wo er sich ins Mittel legen durfte, machte eine Bewegung, als wolle er sich dem schönen Mädchen zu Füßen legen, und sagte schnell:

„Hatte ich daran gezweifelt, so würde mich dieser Augenblick davon überzeugt haben, daß Sie mündig sind, mein gnädiges Fräulein. Wollen Sie, wollen die Herrschaften mir trotzdem gestatten, daß ich versuche, als Vermittler in diesem Streit aufzutreten.“

„Gern!“ rief aufatmend der Hauptmann.

„Tun Sie das!“ erlaubte mit einem hoheitsvollen Neigen des Kopfes Frau Bergfeld; sie hatte sich jetzt wieder auf ihre Vornehmheit besonnen. Die Kommerzienrätin und Viktoria nickten ihm freundlich zu, und selbst Walter murmelte halblaut ein Wort des Beifalls.

„Frau Bergfeld hat vollständig recht“, fuhr er, sich vor dieser verbürgend, fort, „aber wir wollen ihre Gnade anrufen. Lassen Sie jenem Elenden kurze Zeit die Freistatt, welche ihm die allzuweit getriebene Humanität des Herrn Freytschmidt gewährt hat, er wird sich ja bald genug selbst unmöglich machen. Es ist ihm doch hoffentlich angedroht, daß er beim ersten Anlaß, den er zur Unzufriedenheit gibt, entlassen wird?“

„Das versteht sich von selbst“, versetzte der Hauptmann.

„Er wird darauf nicht allzulange warten lassen, und dann ist die Sache erledigt“, schloß Smolka, indem er Frau Bergfeld einen Blick zuwarf, dessen Bedeutung sie mit der ihr eigenen schnellen Auffassungsgabe sofort verstand. Der kluge Gast hatte die Sachlage sehr richtig erkannt und ihr einen ausgezeichneten Rat gegeben. Mit Gewalt war in diesem Falle nichts auszurichten, Heidrich mußte wieder fort, am liebsten ins Buchthaus, und gab er nicht von selbst einen Anlaß dazu, so wollte sie schon Mittel und Wege finden, einen herbeizuführen. Für jetzt hieß es einen ehrenvollen Rückzug antreten.

„Ich danke Ihnen, Herr von Smolka, und

bitte Sie zugleich um Verzeihung, daß wir Sie zum Zeugen dieser unangenehmen Erörterung gemacht haben; wir wollen zu gelegener Zeit weiter darüber sprechen.“ Die letzten Worte waren mit einem herablassenden Nicken an ihren Bruder gerichtet, während sie die große, wohlgepflegte Hand dem Gast reichte, der sie ehrfurchtsvoll an seine Lippen drückte.

„Ich fühle mich geehrt, daß Sie mich so gänzlich als zu Ihnen gehörig betrachtet haben, und gleichzeitig ermutigt, Ihnen eine Bitte vorzutragen, meine gnädigste Frau“, erwiderte Smolka mit seinem Lächeln. „Ich habe erst einen Teil Ihres entzückenden Schloßchens in Augenschein genommen, darf ich es völlig durchwandern? Und würden Sie mir vielleicht auch den Juwelschatz zeigen, von dem ich schon so viel gehört habe?“

„Aber mit dem größten Vergnügen!“ rief Frau Bergfeld geschmeichelt. Sie gab sogleich das Zeichen zum allgemeinen Aufbruch von der Terrasse, indem sie den Arm des Herrn von Smolka nahm, um sich von ihm ins Haus führen zu lassen. Der Hauptmann leistete seiner Schwägerin den gleichen Dienst, Viktoria und der Leutnant folgten.

„Gott sei Dank, nun reitet die Tante ihr Steckenpferd und Heidrich und Freytschmidt werden fürs erste Ruhe haben“, flüsterte Walter. „Ein gewandter Mensch ist der Herr von Smolka, das muß man ihm lassen. Ich gestehe, heute hat er mir gefallen.“

„Mir gefällt er immer“, erklärte Viktoria. Walter verzog den Mund. „Geschmackssache, Kusinchen. Ich kenne aber doch jemand, der Dir noch besser gefällt.“

„Welche Eitelkeit!“

„Du wirst mich doch nicht für so dummi halten, daß ich dabei an mich denke?“ Er sah ihr schelmisch in die Augen, und sie senkte erötzend den Kopf.

## VI.

„Du erlaubst, liebe Antonie, daß ich hier bleibe.“ Mit diesen Worten sank die kleine, wohlbeleibte Kommerzienrätin schon im zweiten Zimmer, in dem eine wohlige Kühle herrschte, in einen Armstuhl und breitete ihre Häkelarbeit die sie trotz ihrem Hange zur Bequemlichkeit mit sich geschleppt hatte, schon wieder auf ihrem Schoß aus.

„Aber Tante, muß denn die Decke heute noch

fertig?“ neckte Walter und nahm die aus weißen

an einander gereihten Sternen bestehende Arbeit

in die Hand.

Die Kommerzienrätin entzifferte sie ihm, als fürchtete sie, er könne etwas daran verderben, und erwiderte: „Es wird keine Decke, sondern Gardinen; ich habe acht Stück zu häkeln und möchte sie gern fertig haben, ehe wir nach der Schweiz reisen.“ (Fort. folgt.)

# Gebirgs-Blüten.

Unterhaltungs-Beiblatt zur „Waldenburger Zeitung“.

Nr. 217.

Waldenburg, den 16. September 1920.

Bd. XXXVII.

## Die Juwelen der Tante.

Von F. Arnesfeldt.

Nachdruck verboten.

(9. Fortsetzung.)

Freytschmidt hatte dem Heidrich versprochen, ihm behilflich zu sein, wieder auf den rechten Weg zu kommen, er mußte also Wort halten. kam der Leutnant seinem Vater zu Hilfe.

„Er hat ihn angenommen, ohne mich vorher zu fragen“, entschuldigte sich der Hauptmann.

„Und Du hast „Ja und Amen“ dazu gesagt“, höhnte seine Schwester.

„Ich konnte Freytschmidt doch nicht bloßstellen“, murmelte er.

„So, das konntest Du nicht!“ schrie sie dicht vor ihm hinstehend. „Aber mir konntest Du diesen unehörten Schimpf antun lassen, mich konntest Du in diese fortduernde Gefahr bringen!“

„Der arbeitende Heidrich ist keine Gefahr für Dich, der Bagabund wäre es geworden, Tante“, erwiderte der Leutnant.

„Pappelapapp, aus Dir redet Freytschmidt!“ fuhr sie ihn an. „Freytschmidt hat den Menschen nur eingestellt, um mir einen Schabernack zu spielen, um mich so recht gründlich zu ärgern.“

„O, wie bitteres Unrecht tuft Du ihm!“ rief hier Viktoria.

Blitzschnell wandte sich Frau Bergfeld zu ihr herum: „Was fällt Dir ein? Wie kommst Du dazu, ihn zu verteidigen?“ fragte sie scharf.

Über Viktorias feines Gesicht ergoß sich eine hohe Röte, welche sich auch über den schlanken Hals und bis in das Lockengelräusel des Nackens ergoß, aber mit fester Stimme antwortete sie: „Pflicht und Ehre gebieten, sich eines Abwesenden, der so ungerecht angegriffen wird, anzunehmen. Eberhard Freytschmidt handelt stets aus den edelsten Motiven.“

„Du redest, wie Du es verstehst!“ entgegnete Frau Bergfeld grob.

„Du wirst Heidrich morgen abholen“, wandte sie sich ohne jeden Übergang an ihren Bruder, der sie erschrocken mit halb offenem Munde anstarnte. „Das ist das wenigste, was ich von Dir verlangen kann.“

„Aber Antonie, bedenke!“

„Was denn?“

„Das hieße ja Freytschmidt ins Gesicht schlagen.“

„Wenn er sich Übergriffe erlaubt, so muß er sich gefallen lassen, daß man ihn in seine Schranken verweist. Meinen Sie nicht, Herr

von Smolka?“ wandte sie sich taktlos genug wieder an diesen.

„Das scheint mir allerdings nicht unrichtig“, bemerkte dieser, „indes —“

„Er wird es sich nicht gefallen lassen!“ seufzte der Hauptmann.

„Er hat sich auch gar keinen Übergriff erlaubt!“ rief Viktoria lebhaft, „er besitzt unmenschliche Vollmacht, Leute einzustellen und abzulönen.“

Walter nickte der Kusine hinter dem Rücken der Tante zu, und diese sagte:

„Was sagst denn Du dazu, Berta?“

Die Kommerzienrätin, welche schweigend und in großer Hast gehäkelt hatte, seufzte und sagte weinerlich: „Läßt mich doch aus dem Spiele, Antonie, ich mische mich nie in Geschäfts-Angelegenheiten!“

„Ja, ja, ich weiß“, erwiderte Frau Bergfeld mit einem maliziösen Lächeln, „hier handelt es sich aber um eine Familien-Angelegenheit. Wollt Ihr mich wirklich jenem Freytschmidt opfern?“

„Aber Tante Antonie“, schmeichelte Walter, „sieh doch die Dinge an wie sie liegen. Sollte man sagen, Du hast an Heidrich, nachdem er seine Strafe verbüßt, noch Rache nehmen wollen?“

„Ach Fazzen“, erwiderte sie, aber sie ward doch ein wenig nachdenklich.

„Läßt ihn doch jetzt ein oder zwei Wochen in der Spinnerei, nachher findet sich schon eine Gelegenheit, ihn unauffällig zu entfernen“, redete, ihre etwas ruhigere Stimmung benutzend, der Bruder ihr zu; aber sie fuhr wieder auf:

„Ich will aber nicht, daß es unauffällig geschieht, ich will Genugtuung haben. Dieser Mistje Eberhard soll einsehen, daß er hier nicht tun darf, was ihm beliebt. Schicke den Kerl auf der Stelle fort.“

„Das kann ich nicht, so gern ich Dir gefällig wäre, Antonie. Du mußt das doch einsehen.“

„Nein, das sehe ich nicht ein. Was kann denn geschehen? Gefällt die Sache dem Herrn Freytschmidt nicht, so mag er mit ihm gehen. Es gibt noch mehr seinesgleichen.“

„Entschuldige, Tante, wenn ich Dir widerspreche“, versetzte jetzt Viktoria mit einem weit über ihre Jahre gehenden Ernst. „Bornitz ist die Schöpfung meines Vaters, sie soll, so weit ich etwas dazu beitragen kann, in seinem Geiste weitergeführt werden, und das versteht niemand besser als sein Schüler und Mitarbeiter Eberhard Freytschmidt.“

„Sehr, sehr richtig, liebe Vicki“, rief der